

EFSF RAHMENVERTRAG
(in der ab dem Wirksamwerden der Änderungen geltenden
Fassung)

zwischen

KÖNIGREICH BELGIEN
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
REPUBLIK ESTLAND
IRLAND
HELLENISCHE REPUBLIK
KÖNIGREICH SPANIEN
FRANZÖSISCHE REPUBLIK
ITALIENISCHE REPUBLIK
REPUBLIK ZYPERN
GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
REPUBLIK MALTA
KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE
REPUBLIK ÖSTERREICH
PORTUGIESISCHE REPUBLIK
REPUBLIK SLOWENIEN
SLOWAKISCHE REPUBLIK
REPUBLIK FINNLAND
UND

Haushaltsausschuss
Ausschussdrucksache

3 1 5 0

17. Wahlperiode

EUROPEAN FINANCIAL STABILITY FACILITY

DIESER RAHMENVERTRAG FÜR DIE EFSF (nachfolgend die „**Vereinbarung**“)¹

wird geschlossen seitens und zwischen:

- (A) Königreich Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Republik Estland, Irland, Hellenische Republik, Königreich Spanien, Französische Republik, Italienische Republik, Republik Zypern, Großherzogtum Luxemburg, Republik Malta, Königreich der Niederlande, Republik Österreich, Portugiesische Republik, Republik Slowenien, Slowakische Republik und Republik Finnland (nachfolgend die „**Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets**“ oder „**Gesellschafter der EFSF**“); sowie
- (B) European Financial Stability Facility (nachfolgend die „**EFSF**“), eine in Luxemburg errichtete *société anonyme* mit Sitz in 43, avenue John F. Kennedy, L-1855 Luxemburg (R.C.S. Luxembourg B153.414) (die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und die EFSF werden nachfolgend als „**Parteien**“ bezeichnet).

PRÄAMBEL

In Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 9. Mai 2010 wurde ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, unter anderem (a) eine Verordnung des Rates über die Einführung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (*European Financial Stabilisation Mechanism*, nachfolgend „**EFSM**“) auf der Grundlage von Artikel 122 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und (b) die EFSF, um den durch außerordentliche Umstände außerhalb ihres Einflussbereichs in Schwierigkeiten geratenen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets finanzielle Unterstützung zu gewähren, mit dem Ziel, die Finanzstabilität des gesamten Euro-Währungsgebiets und seiner Mitgliedstaaten zu wahren. Es ist beabsichtigt, den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets finanzielle Unterstützung über die EFSF in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (nachfolgend „**IWF**“) zu gewähren, wobei die Bedingungen denen der im Rahmen der Stabilitätshilfe gewährten Darlehen entsprechen, die der Hellenischen Republik am 8. Mai 2010 von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets ausgereicht wurden, oder ggf. anderen vereinbarten Bedingungen.
- (2) Die EFSF wurde am 7. Juni 2010 zum Zwecke der Gewährung von Stabilitätshilfe an die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gegründet.

¹ Bitte beachten Sie, dass diese konsolidierte Fassung Informationszwecken dient. Die neuen Änderungen erfolgen durch einen ergänzenden Änderungsvertrag, in dem die Änderungen am Rahmenvertrag festgelegt sind. Es kann erforderlich sein, in den ergänzenden Änderungsvertrag eine „vorläufige Anwendungsklausel“ entsprechend der Klausel in Artikel 15 Absatz 2 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität für Griechenland vom 8. Mai 2010 aufzunehmen.

In einer Erklärung vom 21. Juli 2011 erklärten die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets und die EU-Organe ihre Absicht, die Wirksamkeit der EFSF zu verbessern und die Ansteckungsgefahr zu bekämpfen, und sie vereinbarten, die Flexibilität der EFSF unter Bindung an angemessene Auflagen zu erhöhen. Daher kann die Finanzhilfe, während sie ursprünglich ausschließlich durch Vereinbarungen über eine Darlehensfazilität gewährt wurde, nun in Form von Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität („**Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität**“, jeweils eine „**Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität**“) erfolgen zur Gewährung von Finanzhilfe durch Darlehensauszahlungen, vorsorgliche Fazilitäten, Fazilitäten zur Finanzierung der Rekapitalisierung von Finanzinstituten in einem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets (durch Darlehen an die Regierungen solcher Mitgliedstaaten, auch in Nicht-Programmländern), Fazilitäten für den Anleihekauf an den Sekundärmärkten auf der Grundlage einer Analyse der EZB, in der das Vorliegen außergewöhnlicher Umstände auf dem Finanzmarkt und Gefahren für die Finanzstabilität festgestellt werden, oder Fazilitäten für den Anleihekauf am Primärmarkt (wobei jede Inanspruchnahme einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität als „**Finanzhilfe**“ gilt); dabei wird die Finanzhilfe im Rahmen aller Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität mit Hilfe von Garantien in Höhe von bis zu 779.783,14 Mio. EUR finanziert, die innerhalb eines begrenzten Zeitraums in Anspruch genommen werden können. Dies soll dazu führen, dass die EFSF de facto Finanzhilfe in Höhe von insgesamt 440.000 Mio. EUR leisten kann. Als Voraussetzung für den Abschluss der besagten Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität haben die jeweiligen, eine solche Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität begehrenden Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets mit der Europäischen Kommission, die die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets vertritt, Absichtserklärungen (*Memoranda of Understanding*, jeweils nachfolgend „**MoU**“) abzuschließen, die Auflagen wie Haushaltsdisziplin und wirtschaftspolitische Leitlinien enthalten sowie deren Einhaltung betreffen. Bezüglich einer jeden Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität wird der jeweils begünstigte Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets nachfolgend als „**begünstigter Mitgliedstaat**“ bezeichnet. Wird Finanzhilfe in Form von Fazilitäten für den Anleihekauf am Primär- oder Sekundärmarkt gewährt, entsprechen ihre Beschaffenheit und Bedingungen, auch in Bezug auf die Zinsfestsetzung, die politischen Auflagen und die Bedingungen für die Inanspruchnahme und die Dokumentation solcher Vereinbarungen, den vom Direktorium der EFSF nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b einstimmig angenommenen Leitlinien. Wird Finanzhilfe in Form von vorsorglichen Fazilitäten und Fazilitäten zur Finanzierung der Rekapitalisierung von Finanzinstituten eines Mitgliedstaats des Euro-Währungsgebiets gewährt, erlässt das Direktorium der EFSF dazu ebenfalls einstimmig Leitlinien nach Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe c. In den Bedingungen eines MoU werden entsprechende politische Auflagen für die gesamte Dauer einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität festgelegt, und nicht nur begrenzt auf den Zeitraum, in dem Finanzhilfe bereitgestellt wird. Die mit der Gewährung von Finanzhilfe durch die EFSF verbundenen Auflagen und die für die

Überwachung der Einhaltung geltenden Vorschriften müssen vollständig mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und den Rechtsakten des EU-Rechts vereinbar sein.

- (2)(a) Am 20. Juni 2011 vereinbarten die Finanzminister des Euro-Währungsgebiets, dass für Vereinbarungen der EFSF über eine Darlehensfazilität folgende Zinsstruktur gelten soll:

- „(a) Finanzierungskosten der EFSF zuzüglich
- (b) der Marge

Die Marge entspricht 200 Basispunkten; sie wird bei Darlehen, die drei Jahre nach ihrer Auszahlung noch ausstehend sind, auf 300 Basispunkte erhöht.

Bei festverzinslichen Darlehen mit einer geplanten Laufzeit von mehr als drei (3) Jahren entspricht die Marge dem gewichteten Durchschnitt aus 200 Basispunkten für die ersten drei (3) Jahre und 300 Basispunkten für den Zeitraum ab dem Tag, an dem sich ihre Inanspruchnahme zum dritten Mal jährt (einschließlich dieses Tages), bis zum geplanten Fälligkeitsdatum des Darlehens (jedoch ausschließlich dieses Tages).

Anschließend, am 21. Juli 2011, erklärten die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets Folgendes:

„Wir haben beschlossen, die Laufzeit künftiger EFSF-Darlehen an Griechenland so weit wie nur möglich von derzeit 7,5 Jahren auf mindestens 15 und bis auf 30 Jahre mit einer tilgungsfreien Zeit von 10 Jahren zu verlängern. In diesem Zusammenhang werden wir eine angemessene Überwachung nach der Durchführung des Programms sicherstellen. Wir werden EFSF-Darlehen zu Zinsen zur Verfügung stellen, die denen der Zahlungsbilanzfazilität (derzeit ca. 3,5 %) entsprechen und die nahe bei, jedoch nicht unter den EFSF-Finanzierungskosten liegen. Wir haben ferner beschlossen, die Laufzeiten der derzeitigen Griechenland-Fazilität erheblich zu verlängern. Dies wird begleitet durch einen Mechanismus, der geeignete Anreize zur Umsetzung des Programms sicherstellt.“

Sie erklärten außerdem:

„Die Zinssätze und Laufzeiten der Darlehen der EFSF, die wir für Griechenland vereinbart haben, werden auch für Portugal und Irland gelten.“

- (3) Durch Entscheidung der Regierungsvertreter der 16 Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets vom 7. Juni 2010, gefällt gemäß den am 9. Mai 2010 von den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gefassten Beschlüssen, wurden der Kommission bestimmte, in der vorliegenden Vereinbarung geregelte Pflichten und Aufgaben übertragen.

- (4) Die EFSF finanziert die Gewährung von Finanzhilfe durch die Emission beziehungsweise Übernahme von Anleihen, Schuldscheinen, Liquiditätswechsell, Schuldverschreibungen oder anderen Formen der Finanzierung (nachfolgend „**Finanzierungsinstrumente**“), die durch unwiderrufliche und unbedingte Bürgschaften (nachfolgend jeweils einzeln „**Bürgschaft**“) der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets abgesichert werden, welche im Hinblick auf die Finanzierungsinstrumente entsprechend den Regelungen der vorliegenden Vereinbarung als Sicherungsgeber handeln. Die Sicherungsgeber (nachfolgend „**Sicherungsgeber**“) der von der EFSF ausgegebenen beziehungsweise übernommenen Finanzierungsinstrumente bestehen aus jedem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets (ausgenommen jeglicher Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, die gemäß Artikel 2 Abs. 7 zeitlich vor der Emission dieser Finanzierungsinstrumente als Bürge ausfallen oder ausgefallen sind und somit als „*Stepping-Out Guarantor*“ gelten). Es ist nicht zu erwarten, dass ein Antrag nach Artikel 2 Abs. 7 dieser Vereinbarung von einem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets gestellt wird, der Finanzhilfe in Form einer vorsorglichen Fazilität vor deren Inanspruchnahme oder Nutzung, einer Fazilität zur Finanzierung der Rekapitalisierung von Finanzinstituten in diesem Mitgliedstaat durch ein Darlehen an diesen Mitgliedstaat oder einer Fazilität für den Kauf von Anleihen dieses Mitgliedstaats am Sekundärmarkt beantragt hat.
- (5) Alle Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets haben die politische Entscheidung gefällt, die (in Artikel 2 Abs. 3 definierten) Sicherungszusagen gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung zu erteilen.
- (6) Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und die EFSF haben die vorliegende Vereinbarung abgeschlossen, um die Bedingungen festzuschreiben, zu denen die EFSF Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität abschließen kann, den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets Finanzhilfe gewähren kann, diese Finanzhilfe durch die Emission oder Übernahme von durch die Bürgschaften der Sicherungsgeber gesicherten Finanzierungsinstrumenten finanzieren kann, und um die Bedingungen festzuhalten, zu denen die Sicherungsgeber die Bürgschaften bezüglich der von der EFSF ausgegebenen oder übernommenen Finanzierungsinstrumente erteilen, sowie die von ihnen für den Fall getroffenen Absprachen, dass ein Sicherungsgeber aufgrund einer übernommenen Bürgschaft einen höheren Betrag zahlen muss als die Höhe des von ihm als Bürge geforderten Anteils an Verbindlichkeiten (*its required proportion of liabilities*) für ein Finanzierungsinstrument sowie bestimmte andere, die EFSF betreffende Angelegenheiten.

Infolgedessen haben die Parteien Folgendes vereinbart:

1. INKRAFTTRETEN

- (1) Die vorliegende Vereinbarung (ausgenommen die Verpflichtung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, Bürgschaften gemäß der vorliegenden Vereinbarung zu übernehmen) tritt in Kraft und wird für die

EFSF und die verbindliche Zusagen (*Commitment Confirmations*) erteilenden Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets verbindlich, sobald mindestens fünf (5) Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, auf die mindestens zwei Drittel (2/3) der gesamten in Anlage 1 aufgeführten Sicherungszusagen entfallen (nachfolgend „**insgesamt gemachte Sicherungszusagen**“) schriftlich gemäß dem in Anlage 3 enthaltenen Muster gegenüber der EFSF erklären, dass sie alle gemäß ihrem jeweiligen nationalen Recht erforderlichen Verfahren abgeschlossen haben, mit denen sichergestellt wird, dass ihre in der vorliegenden Vereinbarung geregelten Pflichten unverzüglich in Kraft treten und wirksam werden (nachfolgend „**verbindliche Zusage**“).

- (2) Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, gemäß der vorliegenden Vereinbarung Bürgschaften zu übernehmen, tritt nur dann in Kraft und wird nur dann für die EFSF und die verbindliche Zusagen erteilenden Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets verbindlich, wenn bei der EFSF verbindliche Zusagen von Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets eingegangen sind, deren Sicherungszusagen in der Summe neunzig Prozent (90 %) oder mehr der insgesamt gemachten Sicherungszusagen darstellen. Jeder Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets, der einen Antrag auf von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gewährter Stabilitätshilfe einreicht, oder der aus einem ähnlichen Programm finanzielle Unterstützung erhält, oder der bereits als Bürge ausgefallen ist [, weil er selbst zu einem Empfängerland geworden ist] und somit als „*Stepping-Out Guarantor*“ gilt, ist bei der Berechnung auszunehmen, ob diese Schwelle von neunzig Prozent (90 %) der insgesamt gemachten Sicherungszusagen erreicht worden ist.
- (3) Die vorliegende Vereinbarung und die Pflicht, gemäß den Bedingungen der vorliegenden Vereinbarung Bürgschaften zu übernehmen, tritt in Kraft und wird für jegliche verbleibende Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets verbindlich (die ihre verbindliche Zusage nicht zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Vereinbarung gemäß Artikel 1 Abs. 1 oder des Wirksamwerdens der Verpflichtung gemäß Artikel 1 Abs. 2, Bürgschaften zu übernehmen, erteilt haben), sobald diese Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets ihre verbindliche Zusage gegenüber der EFSF erteilen; Kopien dieser verbindlichen Zusagen sind der Kommission zuzuleiten.

2. **VEREINBARUNGEN ÜBER EINE FINANZHILFEFAZILITÄT, GEWÄHRUNG VON FINANZHILFE, FINANZIERUNGSTRUMENTE, ÜBERNAHME VON BÜRGschaften**

- (1)
 - (a) Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets stimmen darin überein, dass – sofern ein Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets bei den anderen Mitgliedstaaten des Euro-

Währungsgebiets eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität beantragt – (i) die Kommission (in Abstimmung mit der EZB und dem IWF) hiermit bevollmächtigt wird, das MoU mit dem jeweiligen begünstigten Mitgliedstaat zu verhandeln, wobei dies einer Entscheidung zu entsprechen hat, die der Rat möglicherweise auf Vorschlag der Kommission gemäß Artikel 136 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union trifft; die Kommission wird hiermit bevollmächtigt, die Bedingungen eines solchen MoU abschließend zu verhandeln und namens der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets dieses MoU mit dem begünstigten Mitgliedstaat zu unterzeichnen, sobald es durch die Eurogroup Working Group genehmigt worden ist (es sei denn, der begünstigte Mitgliedstaat und die Kommission haben bereits im Rahmen des EFSM ein MoU abgeschlossen, das von allen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets genehmigt worden ist; in diesem Fall gilt dieses letztgenannte MoU, wobei vorausgesetzt wird, dass es sowohl die im Rahmen des EFSM gewährte Stabilitätshilfe als auch die über die EFSF gewährte Stabilitätshilfe abdeckt); (ii) die Kommission, in Abstimmung mit der EZB, nach dieser Genehmigung des jeweiligen MoU der Eurogroup Working Group einen Vorschlag zu unterbreiten hat bezüglich der wesentlichen Bedingungen der dem begünstigten Mitgliedstaat anzubietenden Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität, dies auf der Grundlage ihrer Einschätzung der üblichen Konditionen auf dem Markt und unter der Voraussetzung, dass die finanziellen Bedingungen dieser Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität mit dem MoU vereinbar sind und dass die Fälligkeitstermine die Tragbarkeit der Schuldenlast gewährleisten; (iii) im Anschluss an die Entscheidung der Eurogroup Working Group die EFSF (in Zusammenarbeit mit der Eurogroup Working Group) die spezifischen, fachlichen Bestimmungen der Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität zu verhandeln hat, gemäß denen den jeweiligen begünstigten Mitgliedstaaten entsprechend den darin geregelten Bedingungen Darlehen zur Verfügung gestellt werden, wobei zum einen vorausgesetzt wird, dass diese Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität im Wesentlichen in der Form einer Mustervereinbarung über eine Finanzhilfefazilität (jeweils an die konkrete Form der dem betreffenden Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets gewährten Finanzhilfe angepasst) gestaltet werden, die von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets für die Zwecke der vorliegenden Vereinbarung genehmigt wird, und zum anderen, dass die finanziellen Parameter der besagten Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität auf den von der Kommission in Abstimmung mit der EZB vorgeschlagenen und von der Eurogroup Working Group genehmigten Finanzkonditionen beruhen, und (iv) die EFSF die Vorbedingungen zu solchen Vereinbarungen über eine

Finanzhilfefazilität entgegennimmt, prüft und verwahrt wie auch die unterzeichneten Ausfertigungen aller damit zusammenhängender Unterlagen. Die Bestimmungen von Artikel 3 Absatz 2 stellen die Grundlage dar, auf der Entscheidungen bezüglich der gemäß einer bestehenden Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität bereitzustellenden Finanzhilfe zu treffen sind, vorbehaltlich sonstiger Verfahren, die gegebenenfalls gemäß den vom Direktorium der EFSF nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b oder c verabschiedeten Leitlinien vereinbart werden. In Anbetracht der Tatsache, dass die EFSF kein Kreditinstitut ist, haben die begünstigten Mitgliedstaaten in jeder Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität zuzusichern und zu gewährleisten, dass gemäß dem jeweiligen nationalen Recht der begünstigten Mitgliedstaaten die Gewährung einer Finanzhilfe an den jeweiligen begünstigten Mitgliedstaat durch die EFSF keiner aufsichtsrechtlichen Genehmigung unterliegt beziehungsweise, dass im jeweils anwendbaren nationalen Recht eine Ausnahme bezüglich der Erfordernis einer aufsichtsrechtlichen Genehmigung vorgesehen ist. Die Sicherungsgeber bevollmächtigen hiermit die EFSF, die entsprechenden Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität vorbehaltlich der vorherigen, einstimmigen Bewilligung aller an der jeweiligen Abstimmung der Sicherungsgeber teilnehmenden Sicherungsgeber zu unterzeichnen.

- (b) Die Finanzhilfe an einen Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets kann zur Vermeidung von Ansteckungsgefahren aus Fazilitäten für den Anleihekauf am Sekundärmarkt bestehen, gestützt auf eine Analyse der EZB, in der das Vorliegen außergewöhnlicher Umstände auf dem Finanzmarkt und Gefahren für die Finanzstabilität festgestellt werden, oder über Fazilitäten für den Anleihekauf am Primärmarkt erfolgen. Die Beschaffenheit und Bedingungen dieser Vereinbarungen, auch in Bezug auf die Zinsfestsetzung, die Bedingungen und Verfahren für die Auszahlung oder Inanspruchnahme, Verwaltung, Dokumentation und Überwachung der politischen Konditionalität entsprechen den vom Direktorium der EFSF in Einstimmigkeit angenommenen Leitlinien. Die von der EFSF am Primär- oder Sekundärmarkt gekauften Anleihen können entweder bis zur Fälligkeit gehalten oder im Einklang mit den geltenden Leitlinien verkauft werden.
- (c) Zur Verbesserung der Wirksamkeit der EFSF und Vermeidung von Ansteckungseffekten können die Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität für einen Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets aus vorsorglichen Fazilitäten oder Fazilitäten zur Finanzierung der Rekapitalisierung von Finanzinstituten in einem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebietes durch Darlehen an die Regierung des betreffenden Mitgliedstaats (auch für Nicht-

Programmländer) bestehen. Deckt die Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität diese Art von Finanzhilfe ab, entsprechen die Beschaffenheit und Bedingungen dieser Vereinbarung, auch in Bezug auf die Zinsfestsetzung, die Bedingungen und Verfahren für die Auszahlung oder Inanspruchnahme, Verwaltung, Dokumentation und Überwachung der politischen Konditionalität den vom Direktorium der EFSF in Einstimmigkeit angenommenen Leitlinien.

- (2) Bezüglich einer jeden Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität und der gemäß dieser auszureichenden Finanzhilfe stimmen die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets darin überein, dass die EFSF bevollmächtigt wird, (in Abstimmung mit der Eurogroup Working Group) die Bedingungen zu gestalten und zu verhandeln, zu denen die EFSF Finanzierungsinstrumente als eigenständige Maßnahme oder im Rahmen eines Schuldenprogramms (*debt issuance programme*) oder mehrerer Programme oder als Darlehensfazilität ausgeben oder übernehmen kann (nachfolgend jeweils „**EFSF-Programm(e)**“), um die Gewährung der Finanzhilfe an begünstigte Mitgliedstaaten zu finanzieren. Solange dies zu den auf dem Markt üblichen Konditionen möglich ist und sofern in der vorliegenden Vereinbarung nicht anderweitig geregelt, ist diesen Finanzierungsinstrumenten in der Regel dieselbe finanzielle Ausgestaltung zu geben wie der damit zusammenhängenden Finanzhilfe (wobei vorausgesetzt wird, (x) dass aus [bearbeitungstechnischen] Gründen zwischen den Emissions- und den Zahlterminen jeweils eine gewisse Zeit liegen muss, um die Überweisung von Mitteln und die Ziehung von Bürgschaften zu ermöglichen und (y) dass – ungeachtet der Haftung eines jedes Sicherungsgebers für die Zahlung beliebiger nicht gezahlter, aber fälliger Zinsen und Gesamtnennbeträge aus den Finanzierungsinstrumenten – die Inanspruchnahme der EFSF seitens Investoren wegen der Finanzierungsinstrumente auf das Vermögen der EFSF begrenzt ist, insbesondere einschließlich der Beträge, die sie bezüglich der Finanzhilfe beiträgt. Die für die jeweilige Finanzhilfe anzuwendende Zinsstruktur soll die der EFSF entstehenden Finanzierungs- und Betriebskosten decken und beinhaltet eine Marge (nachfolgend „**Marge**“). Diese dient als Vergütung der Sicherungsgeber und wird in der jeweiligen Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität festgelegt. Die EFSF überprüft in regelmäßigen Abständen die für ihre Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität geltende Zinsstruktur; Änderungen daran werden von den Sicherungsgebern gemäß Artikel 10 Absatz 5 einstimmig vereinbart. Die für eine vor dem Wirksamwerden der Änderungen ausgezahlte Finanzhilfe einbehaltene Servicegebühr kann zur Deckung der Betriebskosten der EFSF sowie aller Kosten und Gebühren im unmittelbaren Zusammenhang mit der Emission der Finanzierungsinstrumente verwendet werden, die dem betreffenden begünstigten Mitgliedstaat nicht auf andere Weise berechnet wurden.
- (3) Bezüglich der gemäß einem EFSF-Programm oder als eigenständige Maßnahme ausgegebenen oder übernommenen Finanzierungsinstrumente

wird von jedem Sicherungsgeber eine unwiderrufliche und unbedingte Bürgschaft in einer Form, die von den Sicherungsgebern als den Zwecken der vorliegenden Vereinbarung entsprechend zu genehmigen ist, gefordert, deren Höhe folgend berechneten Beträgen entspricht: (a) der Prozentsatz, der neben dem Namen eines jeden Sicherungsgebers in der dritten Spalte von Anlage 2² aufgeführt ist (nachfolgend „**Beitragsschlüssel**“) (in der jeweils von Zeit zu Zeit gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung geänderten und von der EFSF dem Sicherungsgeber schriftlich mitgeteilten Höhe) (nachfolgend „**angepasster prozentualer Anteil des Beitragsschlüssels** (*Adjusted Contribution Key Percentage*)“), (b) bis zu 165 % (nachfolgend „**die Bürgschaft übersteigender prozentualer Anteil**“) für nach dem Wirksamwerden der Änderungen ausgegebene oder übernommene Finanzierungsinstrumente, und (c) den Verpflichtungen der EFSF (bezüglich des Kapitalbetrags, der Zinsen und der sonstigen fälligen Beträge) im Hinblick auf die von der EFSF als eigenständige Maßnahme oder gemäß einem EFSF-Programm ausgegebenen oder übernommenen Finanzierungsinstrumente. Bürgschaften sind mit Verweis auf den genauen angepassten prozentualen Anteil des Beitragsschlüssels zu erteilen, sofern sie während der oben stehend in Artikel 1 genannten Durchführungsfristen ausgegeben werden. Gibt die EFSF Finanzierungsinstrumente gemäß einem EFSF-Programm aus, hat jeder Sicherungsgeber seine Bürgschaft als eine Bürgschaft für alle gemäß dem jeweiligen EFSF-Programm ausgegebenen oder übernommenen Finanzierungsinstrumente zu gestalten. Die Angebotsprospekte oder Vertragsunterlagen für jede gemäß einem EFSF-Programm durchgeführte Emission von Finanzierungsinstrumenten oder Verträge (*contracting*) über Finanzierungsinstrumente haben die Sicherungsgeber zu benennen, deren Bürgschaften die betreffenden Finanzierungsinstrumente beziehungsweise deren Serienemission absichern. Die EFSF kann von den Sicherungsgebern auch die Übernahme von Bürgschaften gemäß der vorliegenden Vereinbarung für andere Zwecke verlangen, die eng mit der Emission von Finanzierungsinstrumenten verbunden sind und die es ermöglichen, für die von der EFSF ausgegebenen Finanzierungsinstrumente ein qualitativ hohes Rating zu erhalten und aufrecht zu erhalten, und somit eine effiziente Finanzierung durch die EFSF sichern. Die Sicherungsgeber haben die Entscheidung, Bürgschaften für diese anderen Zwecke im Zusammenhang mit einem EFSF-Programm oder mit der Emission beziehungsweise Übernahme von Finanzierungsinstrumenten als eigenständiger Maßnahme zu gewähren, durch einstimmigen Beschluss zu fällen. Kein Sicherungsgeber ist zur Übernahme von Bürgschaften verpflichtet, wenn dies dazu führen würde, dass sein nominaler Umfang der Bürgschaften höher ist als seine in Anlage 1 neben seinem Namen vermerkte Sicherungszusage (nachfolgend „**Sicherungszusage**“). Für die Zwecke dieser

² Bei vor dem Wirksamwerden der Änderungen ausgegebenen oder übernommenen Finanzierungsinstrumenten richten sich der Beitragsschlüssel und der angepasste prozentuale Anteil des Beitragsschlüssels nach den Bedingungen dieses Vertrags (einschließlich Anlage 2) vor Wirksamwerden der Änderungen.

Vereinbarung wird der „**nominale Umfang der Bürgschaften**“ eines Sicherungsgebers definiert als die Summe aus

- (i) dem Nennbetrag der ausgegebenen oder übernommenen Finanzierungsinstrumente (einschließlich Finanzierungsinstrumenten, die im Rahmen einer gemäß Artikel 4 Abs. 5 genehmigten diversifizierten Finanzierungsstrategie ausgegeben oder übernommen wurden, und anderer Nennbeträge, die im Rahmen von gemäß Artikel 2 Abs. 3 für andere Zwecke gewährten Bürgschaften abgesichert sind), die durch im Rahmen dieser Vereinbarung gewährte Bürgschaften abgesichert und noch ausstehend sind; und
- (ii) den gesamten Beträgen (ohne Doppelzählung), die von den Sicherungsgebern aufgrund von Forderungen aus im Rahmen dieser Vereinbarung gewährten Bürgschaften gezahlt und den Sicherungsgebern bisher nicht zurückgezahlt wurden.

Entsprechend gilt, dass wenn eine laufende, nicht gezogene Bürgschaft abläuft oder ein aufgrund einer Bürgschaft gezogener Betrag zurückgezahlt wird, dies den nominalen Umfang der Bürgschaften des Sicherungsgebers reduziert und seine Fähigkeit zur Übernahme von Bürgschaften gemäß der vorliegenden Vereinbarung in derselben Höhe wieder herstellt.

Hiermit wird anerkannt und vereinbart, dass die Änderungen an diesem Absatz für am oder nach dem Tag des Wirksamwerdens der Änderungen ausgegebene oder übernommene Finanzierungsinstrumente gelten. Diese Änderungen beeinträchtigen oder verringern in keinerlei Hinsicht die Haftung der Sicherungsgeber (einschließlich der Sicherungsgeber, die Stepping-Out Garantoren geworden sind) im Rahmen von Bürgschaften, die vor dem Wirksamwerden der Änderungen ausgegebene oder übernommene Finanzierungsinstrumente absichern, bei denen der Beitragsschlüssel, der angepasste prozentuale Anteil des Beitragsschlüssels und die Sicherungszusage des jeweiligen Sicherungsgebers angewandt werden, die am Tag der Ausgabe oder Übernahme des jeweiligen Finanzierungsinstruments galten.

- (4) (a) Die Bürgschaften garantieren unwiderruflich und unbedingt die rechtzeitige Zahlung gemäß Zahlungsplan von Zinsen und Tilgung des Kapitals der von der EFSF ausgegebenen Finanzierungsinstrumente. Für EFSF-Programme haben die Sicherungsgeber Bürgschaften zu übernehmen, die alle von Zeit zu Zeit im Rahmen des jeweiligen EFSF-Programms aufgelegten Serien von Finanzierungsinstrumenten garantieren. Die Angebotsprospekte oder Vertragsunterlagen für jede Serie haben die Bürgschaften zu benennen, die die betreffenden Serien absichern, insbesondere wenn ein im jeweiligen EFSF-Programm eingebundener Sicherungsgeber als Bürge ausfällt und somit als „*Stepping-Out Garantor*“ keine weiteren Emissionen oder Serien gemäß diesem EFSF-Programm absichert.

(b) Die Bürgschaften können einem Anleihetruhänder oder einem anderen Vertreter von Anleiheninhabern oder Gläubigern übergeben werden (nachfolgend **“Vertreter eines Schuldscheininhabers“**), der berechtigt ist, namens der Inhaber von Finanzierungsinstrumenten gemäß den Bürgschaften Forderungen aufzustellen und die Ansprüche der Inhaber von Finanzierungsinstrumenten durchzusetzen, um die Ziehung von Bürgschaften verwaltungstechnisch zu erleichtern. Die Einzelheiten der Bedingungen für jede Emission der jeweiligen Finanzierungsinstrumente und der diesbezüglichen Bürgschaften sind mit der EFSF vorbehaltlich der Zustimmung der Sicherungsgeber zu vereinbaren und haben den Beschreibungen in den jeweiligen (in den diesbezüglichen Abschnitten von Artikel 4 Absatz 1 definierten) Angebotsprospekten und den diesbezüglichen Vertragsunterlagen zu entsprechen.

- (5) Von einem Sicherungsgeber wird nur dann die Übernahme einer Bürgschaft entsprechend der vorliegenden Vereinbarung gefordert, wenn:
- (a) diese im Hinblick auf Finanzierungsinstrumente übernommen wird, die im Rahmen eines EFSF-Programms oder als eigenständige Maßnahme ausgegeben oder übernommen werden, und wenn diese Finanzierungsinstrumente die Gewährung von einer Finanzhilfe finanzieren, die gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung und entsprechend der Satzung der EFSF genehmigt wurde, oder wenn die Bürgschaft für einen der unter Artikel 2 Absatz 3 geregelten eng verbundenen Zwecke übernommen wird;
 - (b) die Bürgschaft übernommen wird, um die Finanzierung gemäß den Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität zu ermöglichen, die bis zum 30. Juni 2013 (einschließlich) abgeschlossen werden (einschließlich der Finanzierung von einer Finanzhilfe, die nach diesem Datum gemäß einer bestehenden Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität gewährt wurde sowie jeglicher damit zusammenhängender Emission von damit verbundenen Anleihen oder Schuldverschreibungen) und wenn die Bürgschaft in jedem Fall bis zum 30. Juni 2013 (einschließlich) übernommen wird;
 - (c) die Bürgschaft dem von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets für die Zwecke der vorliegenden Vereinbarung und des EFSF-Programms genehmigten Muster entspricht;
 - (d) die Haftung des Sicherungsgebers im Rahmen einer solchen Bürgschaft zu einem nominalen Umfang der Bürgschaften im Einklang mit den Bedingungen des Artikels 2 Absatz 3 führt; und
 - (e) sie in Euro oder einer beliebigen anderen Währung valutiert ist, der jeweils vom Sicherungsgeber für die Zwecke der vorliegenden Vereinbarung zugestimmt wird.

- (6) Die Zusage eines jeden Sicherungsgebers, Bürgschaften zu übernehmen, ist unwiderruflich und verbindlich. Von jedem Sicherungsgeber wird gefordert, dass er vorbehaltlich der Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung Bürgschaften bis zur Höhe der von ihm insgesamt zugesagten Bürgschaften für die von der EFSF festgesetzten Beträge und zu den von ihr festgelegten Terminen übernimmt, um jeweils im Rahmen der Finanzierungsstrategie der EFSF die Emission oder Übernahme von Finanzierungsinstrumenten im Rahmen des entsprechenden EFSF-Programms beziehungsweise von einem als eigenständige Maßnahme gestalteten Finanzierungsinstrument zu ermöglichen.
- (7) Gerät ein Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets dergestalt in finanzielle Schwierigkeiten, dass er eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität von der EFSF beantragt, kann er durch schriftliche Mitteilung unter Beifügung hinreichender und die anderen Sicherungsgeber zufrieden stellender Belegunterlagen bei den anderen Sicherungsgebern deren Zustimmung dazu beantragen (mit Kopie an die Kommission und den Vorsitzenden der Eurogroup Working Group), dass der betreffende Sicherungsgeber sich nicht an der Gewährung einer Bürgschaft oder dem Eingehen neuer Verbindlichkeiten als Sicherungsgeber für eine weitere flexible Refinanzierung durch die EFSF beteiligt. Die Entscheidung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets über einen solchen Antrag hat spätestens dann zu erfolgen, wenn die Mitgliedstaaten darüber beschließen, ob sie weitere Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität abschließen, oder weitere Finanzhilfen bereitstellen.
- (8) Für vor dem Wirksamwerden der Änderungen ausgezahlte Finanzhilfen ist jedem begünstigten Mitgliedstaat eine vorab zu zahlende Servicegebühr (nachfolgend „**Servicegebühr**“), ausgestaltet als 50 Basispunkte auf die Summe der Gesamtnennbeträge einer jeden Finanzhilfe, zu berechnen und von der Barzahlung abzuziehen, die dem begünstigten Mitgliedstaat im Rahmen einer jeden solchen Finanzhilfe ausgekehrt wird. Darüber hinaus ist der Nettobarwert (berechnet auf der Grundlage des internen Zinsfußes der diese Finanzhilfe finanzierenden Finanzierungsinstrumente (oder, im Falle einer diversifizierten Finanzierungsstrategie, auf der Grundlage des jeweils für angemessen gehaltenen Mischzinsfußes), nachfolgend der „**Abzinsungsfaktor**“) der erwarteten Marge, die für jede Finanzhilfe bis zu deren geplantem Fälligkeitsdatum anfallen würde (die „**vorab gezahlte Marge**“), von der Barzahlung abzuziehen, die dem begünstigten Mitgliedstaat bezüglich einer jeden solchen Finanzhilfe ausgekehrt wird. Die Servicegebühr und die vorab gezahlte Marge werden zusammen mit den sonstigen Beträgen, die die EFSF als zusätzliche Bar-Reserve einzubehalten beschließt, von der Barzahlung abgezogen, die dem begünstigten Mitgliedstaat im Rahmen einer jeden solchen Finanzhilfe ausgekehrt wird (in der Weise, dass der begünstigte Mitgliedstaat am Tag der Auszahlung (nachfolgend „**Auszahlungstag**“) den Nettobetrag erhält (nachfolgend „**Netto-Auszahlungsbetrag**“)), ohne dass dadurch jedoch der Kapitalbetrag der jeweiligen Finanzhilfe gemindert würde, zu dessen Rückzahlung der begünstigte Mitgliedstaat verpflichtet ist

und auf den gemäß der jeweiligen Finanzhilfe Zinsen anfallen. Diese einbehaltenen Beträge dienen als Bar-Reserve einer Bonitätssteigerung und den unten stehend in Artikel 5 beschriebenen Nutzungen. Die „**Bar-Reserve**“ umfasst diese einbehaltenen Beträge, die der Bar-Reserve nach Artikel 2 Abs. 9 gutgeschriebenen Beträge sowie alle Einkünfte und alles aus der Investition dieser Beträge generierte Vermögen. Die Bar-Reserve ist gemäß den vom Direktorium der EFSF genehmigten Anlagerichtlinien anzulegen.

- (9) Wenn zum Auszahlungsdatum einer Finanzhilfe, die nach dem Wirksamwerden der Änderungen ausgezahlt wird, die Schuldtitel zur Finanzierung dieser Finanzhilfe die höchsten Bonitätsratings (ohne zusätzliche Bonitätssteigerung) erzielen, gilt, sofern nichts anderes vereinbart wird, Folgendes:
- (a) Die Marge für eine solche Finanzhilfe ist gemäß Artikel 2 Absatz 9 Buchstabe c nachträglich am Ende jeder Zinsperiode zu zahlen;
 - (b) dem begünstigten Mitgliedstaat ist ein Betrag, ausgestaltet als 50 Basispunkte auf den Gesamtnennbetrag der jeweiligen Finanzhilfe, als Vorauszahlung eines Teils der Marge für diese Finanzhilfe (nachfolgend „**Vorauszahlungsmarge**“) zu berechnen und von der Barzahlung abzuziehen, die dem begünstigten Mitgliedstaat bei dieser Finanzhilfe ausgekehrt wird;
 - (c) zum ersten (und/oder zu einem späteren) Zinszahlungsdatum einer Finanzhilfe werden von dem für die Marge zu zahlenden Betrag ein Betrag in gleicher Höhe wie die Vorauszahlungsmarge und die Zinskosten für die Finanzierung der Vorauszahlungsmarge abgezogen; und
 - (d) von der Barzahlung der Finanzhilfe werden nur der Betrag der Vorauszahlungsmarge und alle Gebühren und Kosten, die bei der Emission von Finanzierungsinstrumenten zur Finanzierung dieser Finanzhilfe anfallen, sowie alle Anpassungen für Finanzierungsinstrumente, die zu einem Ausgabepreis unter dem Nennwert (nachfolgend „**Emissionskosten**“) ausgegeben wurden, abgezogen; dieser Nettoauszahlungsbetrag entspricht dem Nennbetrag der Finanzhilfe abzüglich (i) des Betrags der Vorauszahlungsmarge und (ii) der Emissionskosten.

Der Abzug eines Betrags in Höhe der Emissionskosten und des Betrags der Vorauszahlungsmarge mindert nicht den Nennbetrag der jeweiligen Finanzhilfe, zu dessen Rückzahlung der begünstigte Mitgliedstaat verpflichtet ist und auf den Zinsen anfallen.

Die Beträge von Vorauszahlungsmargen und Margen, die für eine Finanzhilfe einbehalten oder eingenommen werden, werden der Bar-Reserve gutgeschrieben.

Wenn zum Auszahlungsdatum einer Finanzhilfe die Schuldtitel zur Finanzierung einer solchen Finanzhilfe nicht die höchsten Bonitätsratings (ohne zusätzliche Bonitätssteigerung) erzielen würden, so können die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gemäß Artikel 5 Abs. 3 zusätzliche Mechanismen zur Bonitätssteigerung einführen und die jeweilige Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität entsprechend ändern.

- (10) Sofern nach Rückzahlung aller gemäß der Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität ausgereichten Finanzhilfen und aller von der EFSF emittierten oder übernommenen Finanzierungsinstrumente noch Beträge in der Bar-Reserve verbleiben (einschließlich Beträge, die Zinsen oder aus der Anlage der Bar-Reserve gewonnene Kapitalerträge darstellen), sind diese Beträge, sofern nichts anderes vereinbart wird, den Sicherungsgebern als Gegenleistung für ihre Übernahme von Bürgschaften zu zahlen. Die EFSF hat über die Höhe der Servicegebühr und der vorab gezahlten Marge, die für eine jede Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität einbehalten werden, und über die gemäß Artikel 2 Absatz 9 der Bar-Reserve gutgeschriebenen Beträge sowie über den Betrag aller von einem jeden Sicherungsgeber gemäß der vorliegenden Vereinbarung übernommenen Bürgschaften Buch zu führen. Auf der Grundlage dieser Bücher und Unterlagen kann die EFSF die jedem Sicherungsgeber zustehende Gegenleistung bezüglich der gemäß der vorliegenden Vereinbarung übernommenen Bürgschaften berechnen, die jedem Sicherungsgeber anteilig im Verhältnis seiner Beteiligung an allen gemäß der vorliegenden Vereinbarung übernommenen Bürgschaften zu zahlen ist.
- (11) Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, die mögliche begünstigte Mitgliedstaaten sind, dürfen nur in der Zeit ab dem Tag des Inkrafttretens der vorliegenden Vereinbarung bis zum 30. Juni 2013 Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität beantragen und abschließen (wobei Finanzhilfe aufgrund von vor diesem Datum abgeschlossenen Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität nach diesem Datum ausgezahlt werden dürfen).
- (12) Nach Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung haben sich die Parteien über (i) die Muster für die Bürgschaften, (ii) die Muster für die Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität (gegebenenfalls gemäß den vom Direktorium der EFSF nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b oder c vereinbarten Leitlinien angepasst), (iii) die Unterlagen für die Finanzierungsinstrumente, (iv) die Absprachen bezüglich der Ernennung von Vertretern eines Schuldscheininhabers, (v) die Händler- und Zeichnungsvereinbarungen für Finanzierungsinstrumente und (vi) jegliche Geschäftsbesorgungsverträge oder Service Level Vereinbarungen mit der EIB oder einer beliebigen sonstigen Behörde, Institution oder Person zu einigen.

3. VORBEREITUNG UND GENEHMIGUNG DER AUSZAHLUNG

- (1) Sofern in der maßgeblichen Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität (entsprechend den vom Direktorium der EFSF gemäß Artikel 2 Abs. 1

Buchstabe b oder c verabschiedeten, auf die jeweils maßgebliche Kategorie einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität anwendbaren Leitlinien) nicht anderweitig geregelt, wird die Kommission vor jeder Auszahlung einer in einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität geregelten Finanzhilfe, in Abstimmung mit der EZB, der Eurogroup Working Group einen Bericht über die Einhaltung der im MoU und im (ggfls. erlassenen) diesbezüglichen Ratsbeschluss aufgestellten Bedingungen durch den betreffenden begünstigten Mitgliedstaat vorlegen. Die Sicherungsgeber werden diese Compliance bewerten und einstimmig beschließen, ob sie einer Auszahlung der jeweiligen Finanzhilfe zustimmen. Die erste einem begünstigten Mitgliedstaat gemäß einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität bereitzustellende Finanzhilfe ist nach der ersten Unterschrift des jeweiligen MoU freizugeben oder zu nutzen; über diese Finanzhilfe wird kein solcher Bericht erstellt. Das Direktorium der EFSF hat Leitlinien gemäß Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b oder c einstimmig zu verabschieden, die die Bedingungen und die anzuwendenden Verfahren für die Auszahlung und die fortlaufende Überwachung der Einhaltung der politischen Konditionalität für die Finanzhilfe, in Form von vorbeugenden Fazilitäten, Fazilitäten für die Rekapitalisierung von Finanzinstitutionen in einem Mitgliedstaat und Fazilitäten für den Ankauf von Anleihen auf dem Primärmarkt oder auf dem Sekundärmarkt, regeln.

- (2) Sofern in der maßgeblichen Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität (entsprechend den vom Direktorium der EFSF gemäß Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b oder c verabschiedeten, auf die jeweils maßgebliche Kategorie einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität anwendbaren Leitlinien) nicht anderweitig geregelt, haben die Sicherungsgeber (anders als bei der ersten Finanzhilfe) nach einem Antrag auf Finanzhilfe (nachfolgend „**Auszahlungsantrag**“) eines begünstigten Mitgliedstaats, der die Bedingungen der jeweiligen Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität eingehalten hat, den Bericht der Kommission über die Einhaltung durch den begünstigten Mitgliedstaat der Bestimmungen des MoU und des (ggfls. erlassenen) diesbezüglichen Ratsbeschlusses zu prüfen. Sofern die Sicherungsgeber einstimmig beschließen, dass der begünstigte Mitgliedstaat den Voraussetzungen der Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität für eine Inanspruchnahme von Mitteln entsprochen und die Bedingungen des MoU erfüllt hat, wird der Vorsitzende der Eurogroup Working Group schriftlich bei der EFSF einen Entwurf der im Einzelnen ausgearbeiteten Finanzhilfebedingungen veranlassen, die diese empfiehlt, dem begünstigten Mitgliedstaat anzubieten; dieser Entwurf berücksichtigt die den in der Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität und im MoU enthaltenen Eckdaten, das Prinzip der Tragbarkeit der Schuldenlast und die für die Emission von Anleihen bestehende Marktlage. Der Entwurf der EFSF hat den Betrag zu nennen, den die EFSF im Rahmen einer gemäß der Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität auszureichenden Finanzhilfe bereitzustellen bevollmächtigt ist, sowie die dafür geltenden Bedingungen, darunter Höhe der Finanzhilfe, Netto-Auszahlungsbetrag, Laufzeit, Tilgungsplan und auf die Finanzhilfe anzuwendender Zinssatz (einschließlich der Marge). Nimmt die

Eurogroup Working Group den vorgeschlagenen Entwurf an, veranlasst der Vorsitzende der Eurogroup Working Group bei der EFSF die Übermittlung einer Zusage (*Acceptance Notice*) (nachfolgend „Zusage“) an den begünstigten Mitgliedstaat, in der die Finanzhilfebedingungen enthalten sind.

- (3) Spätestens nach Unterzeichnung einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität hat die EFSF das Verfahren für die Emission oder Übernahme von Finanzierungsinstrumenten gemäß dem/den EFSF Programm(en) oder im Rahmen anderer Maßnahmen einzuleiten und hat, soweit erforderlich, von den Sicherungsgebern die Übernahme von Bürgschaften gemäß oben stehendem Artikel 2 zu verlangen, um sicherzustellen, dass die EFSF ausreichende Mittel zur Verfügung hat, wenn diese für gemäß der jeweiligen Finanzhilfe zu leistende Auszahlungen benötigt werden.
- (4) Sofern anwendbar und vor Übermittlung einer Zusage hat der Vorsitzende der Eurogroup Working Group der Kommission und der EFSF mitzuteilen, ob ein beliebiger Sicherungsgeber mitgeteilt hat, dass die in Artikel 2 Abs. 7 beschriebenen Umstände auf ihn zutreffen, und hat die diesbezügliche Entscheidung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets weiterzuleiten. Der Vorsitzende der Eurogroup Working Group hat der EFSF, der Kommission und den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets die Entscheidungen der Sicherungsgeber mindestens dreißig (30) Geschäftstage vor jeglicher entsprechender Emission oder Übernahme von Finanzierungsinstrumenten mitzuteilen.
- (5) Sofern in der maßgeblichen Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität (entsprechend den vom Direktorium der EFSF gemäß Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b oder c verabschiedeten, auf die jeweils maßgebliche Kategorie einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität anwendbaren Leitlinien) nicht anderweitig geregelt, hat die EFSF am betreffenden Auszahlungstag die jeweilige Finanzhilfe dem begünstigten Mitgliedstaat bereit zu stellen, indem sie den Netto-Auszahlungsbetrag über das Konto der EFSF und des jeweiligen begünstigten Mitgliedstaats zur Verfügung stellt, das bei der EZB für die Zwecke der Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität eröffnet wurde.

4. **EMISSION BZW. ÜBERNAHME VON FINANZIERUNGSMENTEN**

- (1) Entsprechend ihrer Finanzierungsstrategie kann die EFSF Finanzierungsinstrumente emittieren oder übernehmen, die als eigenständige Maßnahme von den Bürgschaften abgesichert sind, oder sie kann eines oder mehrere EFSF-Programm(e) zum Zwecke der Emission von durch die Bürgschaften abgesicherten Finanzierungsinstrumenten auflegen, die die Gewährung der Finanzhilfe gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung finanzieren. Die EFSF kann für jedes EFSF-Programm einen Basisprospekt (nachfolgend „Basisprospekt“) erstellen, wobei jede einzelne

Emission von Finanzierungsinstrumenten gemäß endgültigen Bedingungen (*Final Terms*) durchgeführt wird (nachfolgend „**endgültige Bedingungen**“), in denen die einzelnen Finanzkonditionen der jeweiligen Emission enthalten sind (einschließlich des für diese Emission von Finanzierungsinstrumenten geltenden, die Bürgschaft übersteigenden prozentualen Anteils). Als Alternative kann die EFSF für den Zweck der Emission von Finanzierungsinstrumenten Informationsmemoranden (*Information Memoranda*) erstellen (nachfolgend „**Informationsmemoranden**“) (die nicht als Prospekte im Sinne der Prospektrichtlinie 2003/71/EG gelten). Alle Basisprospekte, endgültigen Bedingungen, Prospekte, Informationsmemoranden oder verwandte Unterlagen, die sich auf die Platzierung oder Syndizierung von Finanzierungsinstrumenten beziehen werden nachfolgend als „**Angebotsprospekte**“ (*Offering Materials*) bezeichnet. Diese sind auch Bestandteil der die jeweiligen Finanzierungsinstrumente betreffenden Vertragsunterlagen.

- (2) Die EFSF hat Standardbedingungen für die von ihr emittierten oder übernommenen Finanzierungsinstrumente zu entwickeln. In diesen können Bestimmungen für die Ziehung von Bürgschaften entweder durch die EFSF, sofern diese vor einem im Zahlungsplan aufgeführten Zahltermin einen Fehlbetrag absieht, oder durch den betreffenden Vertreter eines Schuldscheininhabers vorgesehen werden (wenn die EFSF einen im Zahlungsplan vorgesehenen Termin für die Zahlung von fälligen Zinsen oder des fälligen Kapitalbetrags für ein Finanzierungsinstrument versäumt hat). Die Standardbedingungen haben klarzustellen, dass aus der vorzeitigen Fälligestellung oder Vorauszahlung, gleich aus welchem Grund, einer der durch diese Finanzierungsinstrumente finanzierten Finanzhilfe keine vorzeitige Fälligestellung der Finanzierungsinstrumente resultiert.
- (3) Im Zusammenhang mit der Gestaltung und Verhandlung der Finanzierungsinstrumente als eigenständigen Maßnahmen oder gemäß einem oder mehreren EFSF-Programm(en) kann die EFSF:
 - (a) die Finanzierung zusammenstellende Banken, Konsortialführer und Bookrunners ernennen, mit diesen zusammenarbeiten und Verhandlungen führen;
 - (b) Ratingagenturen und Rating-Experten ernennen, mit diesen zusammenarbeiten und Verhandlungen führen, ihnen die für die benötigten Ratings erforderlichen Daten und Unterlagen zur Verfügung stellen und ihnen die Finanzierungsinstrumente in Präsentationen vorstellen;
 - (c) Zahlstellen, Registerstellen, Vertreter von Schuldscheininhabern, Rechtsanwälte und sonstige Berater ernennen, mit diesen zusammenarbeiten und Verhandlungen führen;
 - (d) gemeinsame Verwahrstellen und Clearing-Systeme wie Euroclear bzw. Clearstream für die Abrechnung der Finanzierungsinstrumente ernennen, mit diesen zusammenarbeiten und Verhandlungen führen;

- (e) an Präsentationen für Anleger und an Roadshows teilnehmen, um die Platzierung oder Syndizierung von Finanzierungsinstrumenten im Rahmen der EFSF-Programm(e) zu fördern;
 - (f) alle rechtlichen Unterlagen bezüglich der Finanzierungsinstrumente und jeglichen EFSF-Programm(en) verhandeln, ausfertigen und unterzeichnen; und
 - (g) im Allgemeinen alle sonstigen erforderlichen Maßnahmen ergreifen, die für die erfolgreiche Gestaltung und Durchführung der EFSF-Programm(e) und die Emission oder Übernahme von Finanzierungsinstrumenten erforderlich sind.
- (4) Die EFSF hat, vorbehaltlich der auf dem Markt üblichen Konditionen und der Bestimmungen des vorliegenden Artikels 4, die Finanzhilfe durch die Emission oder Übernahme von Finanzierungsinstrumenten im Wege eines „Matched Funding“ Systems zu finanzieren, dergestalt, dass die eine Finanzhilfe finanzierenden Finanzierungsinstrumente im Wesentlichen dieselbe finanzielle Gestaltung aufweisen bezüglich Betrag, Emissionszeitpunkt, Währung, Rückzahlungsplan, Endfälligkeit und Zinsbasis; dabei wird vorausgesetzt, dass die im Zahlungsplan vorgesehenen Zahlungstermine für Finanzhilfe möglichst mindestens vierzehn (14) Geschäftstage vor den im Zahlungsplan vorgesehenen Zahlungsterminen gemäß den entsprechenden Finanzierungsinstrumenten liegen, um die Bearbeitung der Zahlungen zu gewährleisten.
- (5) Sofern es wegen der auf dem Markt üblichen Konditionen oder aufgrund der Menge der von der EFSF gemäß dem/den EFSF-Programm(en) zu emittierenden oder zu übernehmenden Finanzierungsinstrumente nicht praktikabel oder durchführbar ist, die Finanzierungsinstrumente streng im Wege eines „Matched Funding“ Systems zu emittieren oder zu übernehmen, kann die EFSF bei den Sicherungsgebern um die Gewährung bestimmter flexibler Regelungen für ihre Finanzierung nachsuchen, dergestalt, dass ihre Finanzierung nicht der von ihr gewährten Finanzhilfe entspricht, insbesondere bezüglich (a) der Währung der Finanzierungsinstrumente, (b) dem Zeitpunkt der Emission oder Übernahme von Finanzierungsinstrumenten, (c) dem Zinssatz und/oder (d) dem Fälligkeitstermin und Rückzahlungsplan für die zu emittierenden oder zu übernehmenden Finanzierungsinstrumente (einschließlich der Möglichkeit, kurzfristige verbriefte Schuldtitel, Liquiditätswechsel oder sonstige durch Bürgschaften abgesicherte Formen der Finanzierung auszugeben) und (e) die Möglichkeit der Vorfinanzierung der in Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität geregelten Finanzhilfe. Die Sicherungsgeber können der EFSF durch einstimmigen Beschluss ein bestimmtes Maß an Flexibilität bei der Finanzierung gewähren und haben den Rahmen an Kennzahlen und Limits festzulegen, innerhalb dessen die EFSF eine Finanzierungsstrategie jenseits des „Matched Funding“ Systems anwenden kann (nachfolgend **„diversifizierte Finanzierungsstrategie“**) (*Diversified Funding Strategy*).

- (6) In Anbetracht der Tatsache, dass eine diversifizierte Finanzierungsstrategie eine Steuerung des Verlustrisikos bei einer nicht verfügbaren Anschlussfinanzierung (*transformation risk*) und des Basisrisikos erfordert, kann die EFSF im Falle der Genehmigung einer diversifizierten Finanzierungsstrategie einer oder mehreren Schuldenmanagement-Agentur(en) eines Mitgliedstaats des Euro-Währungsgebiets die Steuerung dieser Finanzierungsaktivitäten, die damit zusammenhängenden Tätigkeiten im Rahmen der Aktiv-Passivsteuerung und den Abschluss beliebiger damit zusammenhängender Sicherungsinstrumente bezüglich Währung, Zinssatz oder Laufzeiteninkongruenz übertragen, beziehungsweise jeglichen sonstigen Agenturen oder Institutionen, die einstimmig von den Sicherungsgebern genehmigt werden; diese Unternehmen haben für die Erbringung ihrer Leistungen ein Anrecht auf eine Vergütung auf selbständiger Basis zu den auf dem freien Markt üblichen Sätzen; ihre Vergütung stellt für die EFSF Betriebskosten dar.

5. BONITÄTSSTEIGERUNG, LIQUIDITÄT UND TREASURY

- (1) Die Bonitätssteigerung für das EFSF-Programm besteht aus folgenden Bestandteilen:
- (a) den Bürgschaften und insbesondere der Tatsache, dass die Beteiligung eines jeden Sicherungsgebers an der Übernahme von Bürgschaften auf der Grundlage des angepassten prozentualen Anteils des Beitragsschlüssels (*Adjusted Contribution Key Percentage*) erfolgt und dass die von jedem Sicherungsgeber gewährte Bürgschaft für einen die Bürgschaft übersteigenden prozentualen Anteil von bis zu 165 % (wie dies zur Sicherstellung der höchsten Bonität der von der EFSF am Tag der Emission ausgegebenen oder übernommenen Finanzierungsinstrumente erforderlich ist) für die nach dem Wirksamwerden der Änderungen ausgegebenen oder übernommenen Finanzierungsinstrumente seines angepassten prozentualen Anteils des Beitragsschlüssels an den Beträgen der jeweiligen Finanzierungsinstrumente gilt;
- (b) die Bar-Reserve (einbehalten bei Finanzhilfe, die vor dem Wirksamwerden der Änderungen ausgezahlt wird), diese wirkt als Liquiditätspuffer. Bis zu ihrer Nutzung ist die Bar-Reserve in hochwertige, liquide verbrieftete Schuldtitel anzulegen. Bei Rückzahlung aller von der EFSF gewährten Finanzhilfe und aller von ihr emittierten Finanzierungsinstrumente wird der Rest der Bar-Reserve zunächst dazu verwendet, beliebige von den Sicherungsgebern gezahlte Beträge zurückzuzahlen, die nicht aus den von den entsprechenden begünstigten Mitgliedstaaten beigetriebenen Zahlungen zurückgezahlt worden sind und wird sodann an die Sicherungsgeber als Gegenleistung für die von ihnen gemäß der vorliegenden Vereinbarung gewährten Bürgschaften ausgekehrt wie in Artikel 2 Abs. 10 beschrieben; und
- (c) sonstigen in diesem Artikel 5 geregelten Mechanismen zur Bonitätssteigerung.

- (2) Für den Fall, dass ein begünstigter Mitgliedstaat eine gemäß einer Finanzhilfe ausstehende Zahlung verspätet oder nicht zahlt und dies zu einem Fehlbetrag führt, sodass eine planmäßige Zinszahlung oder Zahlung eines Kapitalbetrags gemäß einem von der EFSF emittierten Finanzierungsinstrument nicht geleistet werden kann, hat die EFSF wie folgt zu verfahren:
- (a) erstens hat sie die Bürgschaft im Hinblick auf den fälligen, aber nicht bezahlten Betrag zu gleichen Anteilen von den Sicherungsgebern zu ziehen, die das jeweilige Finanzierungsinstrument bis zu dem die Bürgschaft übersteigenden prozentualen Anteil ihres jeweiligen angepassten prozentualen Anteils des Beitragsschlüssels abgesichert haben;
 - (b) zweitens, sofern die gemäß Artikel 5 Abs. 2 Buchstabe a ergriffenen Maßnahmen den Fehlbetrag nicht in voller Höhe einbringen, hat die EFSF einen Betrag von der Bar-Reserve freizugeben (vorausgesetzt, die EFSF darf keine Beträge, die der Bar-Reserve vor dem Wirksamwerden der Änderungen gutgeschrieben wurden, zur Deckung von Fehlbeträgen aus nach diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität verwenden), mit dem dieser Fehlbetrag gedeckt wird; und
 - (c) drittens hat die EFSF sonstige, ihr zur Verfügung stehende Schritte zu ergreifen für den Fall, dass gemäß Artikel 5 Abs. 3 zusätzliche Mechanismen zur Bonitätssteigerung genehmigt worden sind.
- (3) Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets können im Wege eines einstimmigen Beschlusses sonstige andere Mechanismen zur Bonitätssteigerung genehmigen und verabschieden, die sie für angemessen halten; je nach Lage des Falls können sie auch die bestehenden Mechanismen zur Bonitätssteigerung anpassen, um die Bonität der von der EFSF emittierten oder übernommenen Finanzierungsinstrumente (*funding instruments contracted by EFSF*) zu erhöhen oder aufrecht zu erhalten, oder um die Effizienz der EFSF-Finanzierung zu erhöhen. Unter anderem können diese Maßnahmen zur Bonitätssteigerung auch die Gewährung von nachrangigen Darlehen an die EFSF, zeitweilige Übernahmen (*warehousing arrangements*), Liquiditätslinien oder Auffangfazilitäten umfassen oder die Emission durch die EFSF von nachrangigen Schuldscheinen und/oder die Genehmigung von verfügbaren, von der EFSF im Fall von vor dem Wirksamwerden der Änderungen geleisteter Finanzhilfe genutzten Mechanismen zur Bonitätssteigerung.
- (4) Hat es ein Sicherungsgeber versäumt, eine bezüglich einer Bürgschaft fällige und zahlbare Zahlung zu leisten und entnimmt die EFSF aus diesem Grund Mittel von der Bar-Reserve, um den Fehlbetrag gemäß Artikel 5 Abs. 2 Buchstabe b auszugleichen, hat der jeweilige Sicherungsgeber der EFSF auf erstes schriftliches Verlangen diesen Betrag zu erstatten, mit Zinsen auf den jeweiligen Betrag zu einem Zinssatz, der einem Monats-EURIBOR zuzüglich 500 Basispunkte entspricht und ab dem Datum der Entnahme des Betrags aus der Bar-Reserve zu zahlen ist bis zum Datum, an dem der Sicherungsgeber der EFSF den jeweiligen Betrag mit den angefallenen Zinsen erstattet. Die

EFSF hat diese erstatteten Beträge (und die darauf angefallenen Zinsen) zur Wiederaufstockung der Bar-Reserve zu verwenden.

- (5) Um die Verfügbarkeit einer ausreichenden Liquidität für den Finanzierungsbedarf der EFSF sicher zu stellen:
 - (a) wird jeder Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets dafür Sorge tragen, dass die EFSF bei der Finanzmittelverwaltung ein Kontrahenten-Limit eingeräumt bekommen kann im Rahmen der Schuldenmanagement-Tätigkeiten der Schuldenmanagement-Agentur des jeweiligen Mitgliedstaats des Euro-Währungsgebiets; und
 - (b) hat jeder Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets zur Unterstützung der EFSF daran mitzuwirken, dass ihre Finanzierungsinstrumente den für eine Zulassung als Sicherheiten in den Eurosystem-Abläufen anwendbaren Kriterien entsprechen.
- (6) Um bei einer diversifizierten Finanzierungsstrategie jegliche negative Zinskongruenz gering zu halten, ist die EFSF berechtigt, Einzahlungen zu machen oder andere Platzierungen vorzunehmen, die gemäß der vom Direktorium der EFSF vereinbarten Anlagestrategie das Risiko einer Finanzierungsinkongruenz oder negativer Zinskongruenz minimieren.
- (7) Bei nach dem Wirksamwerden der Änderungen ausgezahlter Finanzhilfe
 - (a) übernehmen die begünstigten Mitgliedstaaten die Emissionskosten (wie in Artikel 2 Abs. 9 beschrieben);
 - (b) übernimmt die EFSF die im Zusammenhang mit einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität aus der Bar-Reserve gezahlten Kosten und Auslagen; vorausgesetzt, die EFSF darf keine vor dem Wirksamwerden der Änderungen angelegten Bar-Reserven zur Deckung von Kosten und Auslagen verwenden, die im Zusammenhang mit nach diesem Zeitpunkt geschlossenen Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität entstehen, es sei denn, die Bar-Reserve ist zur Bonitätssteigerung nicht mehr erforderlich.
 - (c) Verpflichtungen des begünstigten Mitgliedstaats im Rahmen der Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität zur Deckung von Kosten und Auslagen der EFSF bleiben von diesem Absatz unberührt.
- (8) Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets können durch eine Entscheidung nach Artikel 10 Abs. 6 vereinbaren, dass die EFSF einen Teil der nach Artikel 2 Abs. 9 der Bar-Reserve gutgeschriebenen Beträge zur Deckung der allgemeinen, nicht darlehensbezogenen Betriebsausgaben und außergewöhnlichen Kosten der EFSF verwenden kann. Die EFSF darf jedoch keine vorab gezahlte Marge freigeben, die der Bar-Reserve vor Wirksamwerden der Änderungen zur Bonitätssteigerung gutgeschrieben wurde, um solche Betriebs- oder außergewöhnlichen Kosten zu decken, solange dieser Anteil der Bar-Reserve zur Bonitätssteigerung erforderlich ist.
- (9) Hiermit wird anerkannt und vereinbart, dass die allgemeinen Haushaltsverfahren der EFSF von Artikel 5 Abs. 7 und 8 unberührt bleiben.

6. ANSPRÜCHE AUFGRUND EINER BÜRGSCHAFT

- (1) Erkennt die EFSF, dass sie eine im Zahlungsplan der Finanzhilfe vorgesehene Zahlung nicht in voller Höhe erhalten hat, und führt dieser Fehlbetrag zu einem Fehlbetrag bei den verfügbaren Mitteln, die für eine im Zahlungsplan vorgesehene Zahlung eines Kapitalbetrags oder von Zinsen gemäß den von der EFSF emittierten Finanzierungsinstrumenten vorgesehen sind, oder die für eine im Zahlungsplan vorgesehene und von der EFSF zu leistenden Zahlung gemäß einem beliebigen anderen Instrument oder einer beliebigen anderen Vereinbarung vorgesehen sind, die jeweils durch eine gemäß der vorliegenden Vereinbarung gewährte Bürgschaft abgesichert sind, hat sie unverzüglich den Vorsitzenden der Eurogroup Working Group, die Kommission und jeden Sicherungsgeber schriftlich zu informieren und jeden Sicherungsgeber von seinem Anteil am Fehlbetrag gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung und der jeweiligen Bürgschaft in Kenntnis zu setzen und hat von jedem Sicherungsgeber schriftlich zu verlangen, dass er der EFSF seinen Anteil an dem jeweiligen Fehlbetrag zu dem Datum (nachfolgend **„Datum der Leistung gemäß Bürgschaft“**) zahlt, das mindestens zwei (2) Geschäftstage vor dem planmäßig vorgesehenen Datum der Zahlung der betreffenden Beträge durch die EFSF liegt (nachfolgend **„Ziehung der Bürgschaft durch die EFSF“**).
- (2) Jeder Sicherungsgeber hat der EFSF (oder, sofern dies in den entsprechenden Unterlagen so geregelt ist, der Zahlstelle für das jeweilige Finanzierungsinstrument) seinen Anteil des Betrags, der in der an ihn gerichteten Ziehung der Bürgschaft durch die EFSF aufgeführt ist, am Datum der Leistung gemäß Bürgschaft in frei verfügbaren Geldern zu zahlen.
- (3) Für den Fall, dass die EFSF an einem Fälligkeitsdatum für die Zahlung von Zinsen oder eines Kapitalbetrags diese Zahlung nicht planmäßig erbringt, obwohl diese Beträge gemäß dem von EFSF emittierten Finanzierungsinstrument fällig und zahlbar sind, so hat der jeweilige Vertreter eines Schuldscheininhabers das Recht, schriftlich von den Sicherungsgebern zu verlangen (nachfolgend **„Ziehung der Bürgschaft durch einen Vertreter eines Schuldscheininhabers“**) (mit Kopie an die EFSF), dass diese den nicht bezahlten Betrag der planmäßigen Zinszahlung und/oder der planmäßigen Zahlung des Kapitalbetrags bezahlen. Ebenso gilt, dass wenn die EFSF es versäumt, eine planmäßige Zahlung gemäß einem beliebigen anderen Instrument oder gemäß einer zwischen der EFSF und einem Kontrahenten (nachfolgend **„Kontrahent“**) geschlossenen Vereinbarung zu machen, die durch eine gemäß der vorliegenden Vereinbarung übernommene Bürgschaft abgesichert ist (die für einen eng mit einer Ausgabe der Finanzierungsinstrumente zusammenhängenden Zweck gemäß Artikel 2 Abs. 3 übernommen wurde), der jeweilige Kontrahent berechtigt ist, schriftlich von den Sicherungsgebern (mit Kopie an die EFSF) den nicht bezahlten Betrag dieser planmäßig vorgesehenen Zahlung zu verlangen (nachfolgend **„Ziehung der Bürgschaft durch den Kontrahenten“**). Für den Fall, dass bei den Sicherungsgebern und bei der EFSF eine Ziehung der Bürgschaft durch einen Vertreter eines

Schuldscheininhabers oder eine Ziehung der Bürgschaft durch den Kontrahenten eingeht, hat jeder Sicherungsgeber entsprechend den Bedingungen der von ihm übernommenen Bürgschaft seinen Anteil am ordnungsgemäß im Wege der Ziehung der Bürgschaft durch einen Vertreter eines Schuldscheininhabers beziehungsweise, je nach Lage des Falls, durch den Kontrahenten geforderten Betrag in frei verfügbaren Geldern zu zahlen. Die Einzelheiten der Zahlungsbedingungen für die Abstimmung der gemäß den Bürgschaften zu leistenden Zahlungen sind in den im Rahmen der Emission der Finanzierungsinstrumente erstellten Unterlagen und den damit zusammenhängenden Bürgschaften darzustellen.

- (4) Für den Fall, dass ein Fehlbetrag bei den Einnahmen aus einer Finanzhilfe sowohl eine Ziehung der Bürgschaft durch die EFSF und eine Ziehung der Bürgschaft durch einen Vertreter eines Schuldscheininhabers (oder eine Ziehung der Bürgschaft durch den Kontrahenten) verursacht, haften die betreffenden Sicherungsgeber nur für eine Zahlung gemäß ihren jeweiligen Bürgschaften, ohne dass doppelt gezahlt wird.
- (5) Die Parteien erkennen an und stimmen darin überein, dass jeder Sicherungsgeber berechtigt ist, Zahlungen im Rahmen einer beliebigen Ziehung der Bürgschaft durch die EFSF, durch einen Vertreter eines Schuldscheininhabers oder durch den Kontrahenten zu leisten, wenn diese Ziehungen dem Anschein nach ordnungsgemäß erstellt sind, ohne aber auf die EFSF oder eine beliebige sonstige Partei oder eine beliebige sonstige Untersuchung oder Nachfrage Bezug zu nehmen. Die EFSF bevollmächtigt hiermit jeden Sicherungsgeber, einer beliebigen Ziehung einer Bürgschaft zu entsprechen.
- (6) Die EFSF und jede der anderen Parteien erkennen an und stimmen darin überein, dass kein Sicherungsgeber:
 - (i) verpflichtet ist, vor der Zahlung auf einen Anspruch hin eine beliebige Untersuchung durchzuführen oder eine beliebige Bestätigung einzuholen;
 - (ii) sich zu befassen hat mit:
 - (1) der Rechtmäßigkeit eines Anspruchs oder einer beliebigen Transaktion, auf der dieser Anspruch beruht, auch nicht mit einer beliebigen Aufrechnung, Einrede oder Gegenforderung, die einer beliebigen Person zusteht;
 - (2) beliebigen Änderungen von Unterlagen, auf denen der Anspruch beruht (*underlying document*); oder
 - (3) der Nichtdurchsetzbarkeit, Rechtswidrigkeit oder Unwirksamkeit, in beliebiger Form, einer beliebigen Unterlage oder Sicherheit.
- (7) Die EFSF hat jedem Sicherungsgeber den Betrag zu erstatten, den dieser bezüglich eines beliebigen Anspruchs im Hinblick auf eine Bürgschaft ausgeglichen hat, und hat jeden Sicherungsgeber bezüglich eines beliebigen Schadens oder einer beliebigen Verbindlichkeit freizustellen, der/die dem

Sicherungsgeber bezüglich einer Bürgschaft entstanden ist. Die Erstattungspflicht der EFSF besteht vorbehaltlich der Menge an tatsächlich von den entsprechenden Mitgliedstaaten bezüglich der Finanzhilfe erhaltenen oder auf andere Weise von der ESFS begetriebenen Mitteln, die zu einem Fehlbetrag bei den Mitteln geführt haben, und ist auf diese beschränkt.

- (8) Zusätzlich zur Erstattungspflicht der EFSF gemäß Artikel 6 Abs. 5 gilt, dass wenn ein Sicherungsgeber gemäß der von ihm übernommenen Bürgschaft eine Zahlung leistet, die EFSF den entsprechenden Sicherungsgebern den Teil (*amount*) ihrer bezüglich der Finanzhilfe bestehenden Ansprüche und Rechte abtritt und überträgt, der dem Fehlbetrag bei den vom begünstigten Mitgliedstaat geleisteten Zahlungen entspricht sowie der damit zusammenhängenden, vom Sicherungsgeber gemäß der Bürgschaft geleisteten Zahlung. Um die abgestimmte Verwaltung der Finanzhilfe und die gleichberechtigte Behandlung aller Sicherungsgeber sicherzustellen, bleibt die EFSF der Schuldendienstverwalter des jeweiligen Teils der Finanzhilfe, der dem entsprechenden Sicherungsgeber abgetreten und übertragen worden ist.
- (9) Alle Sicherungsgeber sind untereinander gleichrangig, insbesondere bezüglich der Erstattung der Beträge, die sie gemäß ihrer Bürgschaften gezahlt haben, wobei vorausgesetzt wird, dass wenn ein Sicherungsgeber der EFSF Beträge gemäß Artikel 5 Abs. 4 schuldet, oder den anderen Sicherungsgebern Beträge gemäß Artikel 7 Abs. 1 schuldet, dann die von den entsprechenden begünstigten Mitgliedstaaten begetriebenen Beträge, die ansonsten von der EFSF an den jeweiligen Sicherungsgeber zu zahlen wären, für die Rückzahlung des in Artikel 5 Abs. 4 geregelten Betrages oder für die den anderen Sicherungsgebern gemäß Artikel 7 Abs. 1 geschuldete Zahlung verwendet werden, ebenso gilt, dass diese Zahlungen Priorität haben vor der Erstattung von Beträgen an den betreffenden Sicherungsgeber.

7. BEITRÄGE UNTER SICHERUNGSGEBERN

- (1) (a) Erfüllt ein Sicherungsgeber Ansprüche oder Anforderungen bezüglich einer beliebigen von ihm übernommenen Bürgschaft, oder geht er in diesem Zusammenhang Kosten, Auslagen oder Verbindlichkeiten ein oder erleidet er Schäden (nachfolgend „**Bürgschaftsverbindlichkeiten**“), und übersteigt die Summe der von ihm insgesamt eingegangenen Bürgschaftsverbindlichkeiten den von ihm geforderten Anteil an Verbindlichkeiten (*Required Portion*) für die jeweilige Bürgschaft, so hat dieser Sicherungsgeber das Recht, auf erste schriftliche Anforderung von den anderen Sicherungsgebern bezüglich dieser Bürgschaftsverbindlichkeiten freigestellt zu werden und Beiträge zu erhalten, so dass schließlich jeder Sicherungsgeber nur den von ihm geforderten Anteil der insgesamt eingegangenen Bürgschaftsverbindlichkeiten trägt; hierbei wird vorausgesetzt, dass, wenn die insgesamt von einem beliebigen Sicherungsgeber bezüglich einer beliebigen Bürgschaft eingegangenen Bürgschaftsverbindlichkeiten nicht innerhalb von drei (3) Geschäftstagen auf den von ihm geforderten Anteil an Verbindlichkeiten reduziert wird, die anderen Sicherungsgeber (ausgenommen „*Stepping-Out Guarantors*“) diesen

Sicherungsgebern in der Höhe freistellen, dass der überschüssige Betrag über den geforderten Anteil an Verbindlichkeiten jedem der Sicherungsgeber (ausgenommen *Stepping-Out Guarantors*) anteilig zugewiesen wird. Der „**geforderte Anteil**“ entspricht dem angepassten prozentualen Anteil des Beitragsschlüssels für die jeweilige Bürgschaft, wie er für die jeweilige abgesicherte Verpflichtung der EFSF gilt. Zur Vermeidung von Zweifeln sei darauf hingewiesen, dass in Bezug auf die Republik Estland nur Beiträge für Finanzierungsinstrumente nach diesem Artikel zu leisten beziehungsweise einzunehmen sind, die nach dem Tag des Wirksamwerdens der Änderungen ausgegeben oder übernommen wurden. Eine beliebige Haftungsfreistellung oder Beitragszahlung von einem Sicherungsgeber an einen anderen gemäß diesem Artikel 7 ist zu einem Monats-EURIBOR zuzüglich 500 Basispunkten zu verzinsen, und zwar ab dem Datum der Forderung einer solchen Zahlung bis zu deren Eingang beim Sicherungsgeber.

(b) Die Bestimmungen dieses Artikels 7 gelten entsprechend, wenn ein Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets während der in Artikel 1 bezeichneten Durchführungszeiträume Bürgschaften übernimmt unter Verweis auf einen bestimmten angepassten prozentualen Anteil des Beitragsschlüssels, die über den Anteil hinausgehen, der für ihn gelten würde sobald 100% der insgesamt gemachten Sicherungszusagen erhalten worden sind.

- (2) Die Verpflichtungen eines jeden Sicherungsgebers, gemäß diesem Artikel Beitragszahlungen oder Zahlungen zur Schadloshaltung zu leisten, sind laufende Verpflichtungen, die bis zur abschließenden Abrechnung der fälligen Beträge andauern, ungeachtet etwaiger Zwischenzahlungen oder einer gänzlichen oder teilweisen Ablösung.
- (3) Die Verpflichtungen eines jeden Sicherungsgebers, gemäß diesem Artikel Beitragszahlungen oder Zahlungen zur Schadloshaltung zu leisten, bestehen unbeschadet einer beliebigen Maßnahme, Unterlassung, Angelegenheit oder Sache die, wäre es nicht anderweitig im vorliegenden Artikel geregelt, beliebige seiner Pflichten gemäß diesem Artikel reduzieren, ganz erledigen oder beeinträchtigen würden (*reduce, release or prejudice*), dies beinhaltet unter anderem (ohne darauf beschränkt zu sein und ungeachtet der Tatsache, ob dies dem Sicherungsgeber selbst oder einer anderen Person bekannt ist):
 - (i) jede Frist, jeden Verzicht oder jede Zusage, die einer beliebigen Person erteilt wurde, oder ein Vergleichsverfahren mit dieser;
 - (ii) die Freistellung einer beliebigen Person gemäß den Bestimmungen eines beliebigen Vergleichsverfahrens oder einer Gläubigervereinbarung;
 - (iii) die Ergreifung, Änderung, den Vergleich, den Tausch, die Erneuerung oder Freigabe von beliebigen Rechten gegenüber einer beliebigen Person oder von Sicherheiten bezüglich des Vermögens dieser Personen; die Weigerung oder das Versäumnis, beliebige Rechte gegenüber beliebigen Personen oder Sicherheiten bezüglich des Vermögens dieser Personen wirksam werden zu lassen, sie

aufzugreifen oder durchzusetzen; ein beliebiges Versäumnis, Unterlagen vorzulegen oder anderen Formvorschriften zu entsprechen oder die sonstige Nicht-Erfüllung von Erfordernissen bezüglich eines beliebigen Instruments, oder ein Versäumnis, den eine beliebige Sicherheit in voller Höhe zu realisieren;

- (iv) jede Geschäftsunfähigkeit und jeden Mangel an Befugnis, Bevollmächtigung oder Rechtspersönlichkeit der Gesellschafter (*members*) einer beliebigen juristischen Person oder deren Auflösung oder sonstige Veränderungen bei dieser juristischen Person;
- (v) jede Änderung (ob wesentlich oder nicht) oder Ersetzung einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität, einer Finanzhilfe oder einer beliebigen Unterlage oder Sicherheit;
- (vi) jeden Fall der Nichtdurchsetzbarkeit, Rechtswidrigkeit oder Unwirksamkeit einer beliebigen Verpflichtung einer beliebigen Person gemäß einer beliebigen Unterlage oder Sicherheit; oder
- (vii) jedes Insolvenzverfahren oder ähnliches Verfahren.

8. BERECHNUNGEN UND ANPASSUNG DER BÜRGSCHAFTEN

- (1) Die Parteien stimmen darin überein, dass die EFSF die EIB mit der Aufgabe betrauen kann (oder jede beliebige sonstige, einstimmig von den Sicherungsgebern genehmigte Agentur, Anstalt, Institution der EU oder Finanzinstitution), die Berechnungen durchzuführen, die für die Zwecke der vorliegenden Vereinbarung, jeder Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität, der Finanzierung der EFSF durch die Emission oder Übernahme von Finanzinstrumenten (oder auf anderem Wege) und der Bürgschaften erforderlich sind. Sofern die EIB (oder jede beliebige sonstige Agentur, Anstalt, Institution der EU oder Finanzinstitution) diese übertragene Aufgabe annimmt, hat sie den für jede Finanzhilfe geltenden Zinssatz gemäß den Bedingungen der jeweiligen Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität sowie die zu jedem Zins-Zahltag zu zahlenden Beträge zu berechnen und hat den entsprechenden begünstigten Mitgliedstaat und die EFSF davon zu informieren; des Weiteren hat sie alle sonstigen Berechnungen zu erstellen und Mitteilungen zu erteilen, die für die Zwecke der vorliegenden Vereinbarung, der Bürgschaften und der Finanzierungsinstrumente erforderlich sind.
- (2) Für den Fall, dass ein Sicherungsgeber in ernste finanzielle Schwierigkeiten gerät und ein im Rahmen der Stabilitätshilfe gewährtes Darlehen beantragt oder Unterstützung im Rahmen eines ähnlichen Programms erhält (nachfolgend „**Stepping-Out Guarantor**“), kann er bei den anderen Sicherungsgebern die Aussetzung seiner Zusage beantragen, weitere Bürgschaften gemäß der vorliegenden Vereinbarung zu übernehmen. Die verbleibenden Sicherungsgeber können durch einstimmigen Beschluss bei einem Treffen der Eurogroup Working Group diesem Antrag zustimmen; in diesem Fall wird von dem jeweiligen *Stepping-Out Guarantor* nicht

gefordert, hinsichtlich beliebiger weiterer Emissionen oder Übernahmen von Finanzierungsinstrumenten durch die EFSF eine Bürgschaft zu übernehmen oder neue Verbindlichkeiten als Sicherungsgeber einzugehen; alle weiteren gemäß dieser Vereinbarung zu übernehmenden Bürgschaften oder als Sicherungsgeber einzugehenden neuen Verbindlichkeiten sind von den verbleibenden Sicherungsgebern zu übernehmen und/oder einzugehen, so dass der angepasste prozentuale Anteil des Beitragsschlüssels für die Übernahme weiterer Bürgschaften oder das Eingehen weiterer neuer Verbindlichkeiten als Sicherungsgeber entsprechend geändert wird. Von diesen Anpassungen bleibt die Haftung des *Stepping-Out Guarantors* gemäß bestehender Bürgschaften unberührt. Hiermit wird anerkannt und vereinbart, dass mit Inkrafttreten der vorliegenden Vereinbarung die Hellenische Republik als *Stepping-Out Guarantor* gilt; Irland wurde mit Wirkung vom 3. Dezember 2010 und Portugal mit Wirkung vom 16. Mai 2011 *Stepping-Out Guarantor*.

9. VERLETZUNG DER BESTIMMUNGEN EINER VEREINBARUNG ÜBER EINE FINANZHILFEFAZILITÄT, ÄNDERUNGSVEREINBARUNGEN UND/ODER VERZICHTSERKLÄRUNGEN

- (1) Erhält die EFSF Kenntnis von der Verletzung einer in einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität geregelten Pflicht, hat sie unverzüglich die Sicherungsgeber (über den Vorsitzenden der Eurogroup Working Group), die Kommission und die EZB über diesen Umstand zu informieren und hat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie darauf zu reagieren ist. Der Vorsitzende der Eurogroup Working Group wird die diesbezügliche Haltung der Sicherungsgeber ermitteln und abstimmen und wird die EFSF, die Kommission und die EZB von deren Entscheidung in Kenntnis setzen. Anschließend wird die EFSF die Entscheidung im Einklang mit der betreffenden Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität umsetzen.
- (2) Erhält die EFSF Kenntnis von einer Situation, in der Änderungen, eine Umstrukturierung und/oder Verzichtserklärungen im Zusammenhang mit einer gemäß einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität bereitgestellten Finanzhilfe erforderlich werden, hat sie die Sicherungsgeber (über den Vorsitzenden der Eurogroup Working Group), die Kommission und die EZB über diesen Umstand zu informieren und hat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie darauf zu reagieren ist. Der Vorsitzende der Eurogroup Working Group wird die diesbezügliche Haltung der Sicherungsgeber ermitteln und abstimmen und wird die EFSF, die Kommission und die EZB von deren Entscheidung in Kenntnis setzen. Anschließend wird die EFSF die Entscheidung umsetzen und wird mit dem entsprechenden begünstigten Mitgliedstaat, entsprechend den Weisungen der Sicherungsgeber, eine entsprechende Änderungsvereinbarung, eine Umstrukturierungsvereinbarung, eine Verzichtserklärung oder einen neuen Darlehensvertrag, bzw. jede sonstige erforderliche Vereinbarung, verhandeln und unterzeichnen.

- (3) In allen anderen als den in Artikel 9 Abs. 1 und 9 Abs. 2 genannten Fällen, in denen die EFSF Kenntnis von einer Situation erhält, in der eine Meinungsäußerung oder Maßnahme der Sicherungsgeber bezüglich einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität erforderlich ist, hat sie die Sicherungsgeber über den Vorsitzenden der Eurogroup Working Group von diesem Umstand zu informieren und hat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie darauf zu reagieren ist. Der Vorsitzende der Eurogroup Working Group wird die diesbezügliche Haltung der Sicherungsgeber ermitteln und abstimmen und wird die EFSF, die Kommission und die EZB von deren Entscheidung in Kenntnis setzen. Anschließend wird die EFSF die Entscheidung in der jeweils erforderlichen Form umsetzen.
- (4) Für den Fall, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets der Änderung eines beliebigen, mit einem begünstigten Mitgliedstaat abgeschlossenen MoU zustimmen, ist die Kommission bevollmächtigt, diese Änderungsvereinbarung(en) für das MoU namens der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zu unterzeichnen.

10. EFSF, BESCHLÜSSE DER SICHERUNGSGEBER, DIREKTOREN UND GOVERNANCE

- (1) Die EFSF hat ein Direktorium (*board of directors*), dessen Mitgliederzahl der Anzahl der Gesellschafter der EFSF entspricht. Jeder Gesellschafter der EFSF ist berechtigt, eine Person als Direktoriumsmitglied der EFSF zur Wahl aufzustellen; die anderen Gesellschafter der EFSF sichern hiermit unwiderruflich zu, dass sie ihre Stimmen als EFSF-Gesellschafter in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen dazu verwenden, diejenige Person ins Direktorium der EFSF zu wählen, die vom jeweiligen Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets nominiert worden ist. In gleicher Weise werden sie auf Verlangen des Mitgliedstaats des Euro-Währungsgebiets, der eine Person zur Wahl in das Direktorium aufgestellt hat, ihre Stimmen als Gesellschafter der EFSF nutzen, um eine Person vom Amt des Mitglieds im Direktorium der EFSF abuberufen.
- (2) Jeder Gesellschafter der EFSF hat von Zeit zu Zeit seinen Vertreter in der Eurogruppen-Arbeitsgruppe zur Wahl in das Direktorium der EFSF aufzustellen (oder den Stellvertreter dieser Person in dieser Gruppe). Die Kommission und die EZB haben jeweils das Recht, einen Beobachter zu ernennen, der an den Direktoriumssitzungen teilnehmen darf und darin Rederecht, aber keine Stimme hat. Das Direktorium kann es anderen Institutionen der Europäischen Union gestatten, ebenfalls Beobachter zu ernennen.
- (3) Ist ein Direktoriumsposten vakant, hat jeder Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets dafür Sorge zu tragen, dass das auf seinen Vorschlag gewählte Direktoriumsmitglied die Person als neues Direktoriumsmitglied wählt, die vom jeweiligen Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets zur Wahl

aufgestellt worden ist, der kein von ihm gewähltes Mitglied im Direktorium hat.

- (4) Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets erkennen an und stimmen darin überein, dass im Falle einer Abstimmung im Direktorium der EFSF jedes Direktoriumsmitglied, das von einem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets zur Wahl aufgestellt worden ist, eine gewichtete Anzahl der Gesamtzahl an Stimmen hat, die der Anzahl von Anteilen entspricht, welche der ihn/sie zur Wahl aufstellende Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets an dem ausgegebenen Stammkapital hält.
- (5) Die Sicherungsgeber stimmen darin überein, dass sie über die folgenden, ihre Aufgaben und Verbindlichkeiten als Sicherungsgeber betreffenden Angelegenheiten einstimmige Beschlüsse fassen müssen:
 - (a) Entscheidungen bezüglich der Gewährung einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität an einen Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets, einschließlich der Genehmigung des betreffenden MoU und der Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität, alle Entscheidungen über eine Änderung der für eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität geltenden Zinsstruktur sowie alle Entscheidungen, in eine Finanzhilfefazilität die Möglichkeit aufzunehmen, Finanzhilfe ausnahmsweise durch Anleihekauf am Primärmarkt zu leisten oder auf der Grundlage einer Analyse der EZB, in der das Vorliegen außergewöhnlicher Umstände auf dem Finanzmarkt und Gefahren für die Finanzstabilität festgestellt werden, durch Anleihekauf am Sekundärmarkt.
 - (b) Entscheidungen bezüglich der Leistung von Finanzhilfe gemäß einer bestehenden Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität, insbesondere über die Frage, ob gemäß dem Bericht der Kommission Vorbehaltskriterien für eine Auszahlung erfüllt worden sind. Für Ankäufe auf dem Sekundärmarkt kann die Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität für den Anleihekauf auf dem Sekundärmarkt, die gemäß Artikel 10 Abs. 5 Buchstabe a abgeschlossen wurde, auch alternative Verfahren für die technische Umsetzung einzelner Anleihekäufe gemäß dieser Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität vorsehen, im Einklang mit den in Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b genannten Leitlinien;
 - (c) beliebige Änderungen der vorliegenden Vereinbarung, darunter auch bezüglich des Verfügbarkeitszeitraums, innerhalb dessen Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität gewährt werden können;
 - (d) beliebige Änderungen der folgenden Bedingungen einer beliebigen Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität: Gesamtnennbetrag einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität, Verfügbarkeitszeitraum, Zahlungsplan oder Zinssatz für beliebige ausstehende Finanzhilfe;
 - (e) die Bedingungen des EFSF-Programms, der Umfang des Programms und die Genehmigung beliebiger Angebotsprospekte;

- (f) jegliche Entscheidung, einem bestehenden Sicherungsgeber zu erlauben, keine weiteren Bürgschaften mehr zu übernehmen;
- (g) wesentliche Änderungen des Systems zur Bonitätssteigerung;
- (h) die Finanzierungsstrategie eines jeden EFSF-Programms sowie jede Entscheidung zur Zulassung einer diversifizierten Finanzierungsstrategie (einschließlich der Art und Weise, in der die EFSF bei Verfolgung einer diversifizierten Finanzierungsstrategie ihre Betriebskosten und die Finanzierungskosten der Finanzierungsinstrumente der Finanzhilfe und den Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität zuweist);
- (i) jede Erhöhung der Gesamtsumme der Bürgschaften, die gemäß der vorliegenden Vereinbarung übernommen werden können;
- (j) jeder Übergang von Rechten, Pflichten und/oder Verbindlichkeiten von der EFSF auf den ESM nach Artikel 13 Abs. 10; und
- (k) die Verabschiedung und die Änderung einer beliebigen, in Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b oder c genannten Leitlinie.

Für die Zwecke dieses Artikels 10 Abs. 5 und jeglicher anderer Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung, die eine einstimmige Beschlussfassung durch die Sicherungsgeber erfordern, wird „Einstimmigkeit“ definiert als die zustimmende oder ablehnende Stimme all jener bei der Versammlung anwesender Sicherungsgeber, die (durch eine zustimmende oder ablehnende Stimme) an dem betreffendem Beschluss teilnehmen (wobei Enthaltungen oder abwesende Sicherungsgeber nicht berücksichtigt werden); hierbei wird vorausgesetzt, dass jeder Sicherungsgeber, der keine neuen Bürgschaften mehr übernimmt (insbesondere die *Stepping-Out Guarantors*) kein Stimmrecht hat bei einem beliebigen Beschluss über den Abschluss einer neuen Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität, eine neue Finanzhilfe oder eine neue Emission von Finanzierungsinstrumenten, für die er keine Bürgschaften übernimmt; vorausgesetzt wird dabei auch, dass dieser Sicherungsgeber ein Stimmrecht hat bei Abstimmungen über Entscheidungen bezüglich Finanzhilfe oder Finanzierungsinstrumente, für die er eine Bürgschaft übernommen hat, die noch aussteht. Für die Wirksamkeit einer beliebigen Abstimmung gilt als aufschiebende Bedingungen, dass eine Versammlung der Sicherungsgeber beschlussfähig ist, wenn stimmberechtigte Sicherungsgeber an ihr teilnehmen, deren Sicherungszusagen mindestens 2/3 der insgesamt gemachten Sicherungszusagen darstellen.

- (6) Die Sicherungsgeber stimmen darin überein, dass alle Angelegenheiten, die nicht einem einstimmigen Beschluss der Sicherungsgeber gemäß oben stehendem Artikel 10 Abs. 5 oder einstimmigen Beschlüssen der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gemäß unten stehendem Artikel 10 Abs. 7 unterworfen sind, und insbesondere die nachfolgend aufgeführten Angelegenheiten, die die Aufgaben und Verbindlichkeiten der

Sicherungsgeber betreffen, von einer Mehrheit derjenigen Sicherungsgeber (allerdings unter Ausschluss der *Stepping-Out Guarantors*) zu beschließen sind (i) deren Sicherungszusagen 2/3 der insgesamt gemachten Sicherungszusagen darstellen (sofern keine Bürgschaften übernommen worden sind) oder (ii) sofern Bürgschaften übernommen worden sind, 2/3 der Gesamtsumme der maximalen Gesamtnennbeträge von übernommenen und noch ausstehenden Bürgschaften, wobei vorausgesetzt wird, dass bei der Berechnung zur Prüfung, ob diese Schwelle erreicht worden ist, die Nennbeträge der von einem Sicherungsgeber übernommenen Bürgschaften nicht zu berücksichtigen sind, der *Stepping-Out Guarantor* ist oder der eine gemäß einer Bürgschaft zu leistende Zahlung nicht geleistet hat (nachfolgend „**2/3-Mehrheit**“):

- (a) alle Entscheidungen bezüglich bestehender Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität oder bezüglich Finanzhilfe, die nicht gemäß Artikel 10 Abs. 5 ausdrücklich einem einstimmigen Beschluss vorbehalten sind, darunter auch Beschlüsse über Vertragsverletzungen, Verzichtserklärungen, Umstrukturierungen und über die Frage, ob im Hinblick auf Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität oder im Hinblick auf Finanzhilfe Verzug zu erklären ist;
- (b) Emissionen gemäß einem bestehenden (einstimmig von den Sicherungsgebern genehmigten) EFSF-Programm;
- (c) betriebliche Angelegenheiten bezüglich einer flexiblen Refinanzierung (*debt issuance*) (einschließlich der Ernennung von den die Finanzierung zusammenstellenden Banken, Konsortialführer, Rating-Agenturen, Treuhänder etc);
- (d) die Durchführung im Einzelnen einer genehmigten diversifizierten Finanzierungsstrategie; und
- (e) die Durchführung im Einzelnen einer zusätzlichen, gemäß Artikel 10 Abs. 5 genehmigten Bonitätssteigerung.

Die in Artikel 10 Abs. 5 aufgestellte Bedingung bezüglich der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, die keine neuen Bürgschaften mehr übernehmen und/oder *Stepping-Out Guarantors* sind, gelten entsprechend für Abstimmungen über Beschlüsse, die im vorliegenden Artikel 10 Abs. 6 geregelt sind.

- (7) Die folgenden gesellschaftsrechtlichen Angelegenheiten der EFSF erfordern die einstimmige Beschlussfassung aller Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets:
 - Erhöhungen des genehmigten und/oder ausgegebenen und einbezahlten Stammkapitals;

- Erhöhungen der Zusagenhöhe (*level of commitments*) für die Zeichnung des Stammkapitals;
 - Verringerungen des Stammkapitals;
 - Dividenden;
 - Beschäftigung des CEO (etwa: Vorstandsvorsitzender) der EFSF;
 - Feststellung des Jahresabschlusses;
 - Verlängerung der Dauer der Gesellschaft;
 - Liquidation;
 - Satzungsänderungen;
 - jegliche andere Angelegenheit, die nicht ausdrücklich in der Satzung oder in der vorliegenden Vereinbarung geregelt ist.
- (8) Je nach Fall haben die Sicherungsgeber bzw. die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets ihre die Sicherungsgeber und die EFSF betreffenden, in Artikel 10 Abs. 5, 6 und 7 geregelten Entscheidungen auf den im Rahmen der Eurogroup anberaumten Sitzungen zu fällen; hierbei besteht die Möglichkeit, die Entscheidung der Eurogroup Working Group zu übertragen. Alle Beschlüsse sind der EFSF vom Vorsitzenden der Eurogroup Working Group schriftlich mitzuteilen. Für die Zwecke der Entscheidungsfällung übermittelt die Kommission Informationen zu Angelegenheiten, die insbesondere das MoU und die Bedingungen der Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität und sonstige grundlegende Fragen (*policy issues*) betreffen. Die EFSF übermittelt Informationen insbesondere bezüglich der Durchführung der Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität, die Emission oder Übernahme von Finanzierungsinstrumenten (*Financial Instruments*) und allgemeine, gesellschaftsrechtliche Angelegenheiten.
- (9) Jeder Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets sagt hiermit den anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zu, dass er als Gesellschafter der EFSF im Rahmen der Sitzungen der Eurogroup seine Stimme entsprechend den Beschlüssen der jeweils erforderlichen Mehrheit der Sicherungsgeber bzw. der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets abgeben wird, und dass er dafür Sorge tragen wird, dass sich der von ihm zur Wahl in das Direktorium der EFSF aufgestellte Direktor im Rahmen seiner Tätigkeit an diese Beschlüsse halten wird.
- (10) Beliebige von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gefällte Beschlüsse zur Genehmigung eines beliebigen MoU bezüglich einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität und bezüglich eines begünstigten Mitgliedstaats, sowie jegliche Beschlüsse bezüglich einer vorgeschlagenen

Änderung eines MoU sind von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets einstimmig zu fassen.

- (11) Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets können, soweit dies gemäß ihrem nationalen Recht zulässig ist, die von ihnen zur Wahl in das Direktorium der EFSF aufgestellten Personen von der Haftung freistellen.
- (12) Im Falle, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets einstimmig vereinbaren, das ausgegebene und einbezahlte Stammkapital der EFSF zu erhöhen, hat jeder Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets bis zum von der EFSF festgesetzten Termin einen prozentualen Anteil dieser Erhöhung des einbezahlten Stammkapitals zu zeichnen und in voller Höhe einzuzahlen, der seinem prozentualen Anteil am Beitragsschlüssel entspricht.
- (13) Über Angelegenheiten, die gemäß der vorliegenden Vereinbarung der Beschlussfassung durch Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets oder Sicherungsgeber unterliegen, ist sobald wie mit angemessenem Aufwand umsetzbar und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Beschlussfassung zu beschließen. Im Rahmen des normalen Geschäftsganges können betriebliche Leitlinien gefasst werden, in denen Zeitvorgaben für die bezüglich der vorliegenden Vereinbarung zu fällenden Entscheidungen festgehalten werden.

11. DAUER UND LIQUIDATION DER EFSF

- (1) Die vorliegende Vereinbarung bleibt vollständig wirksam und in Kraft, solange Zahlungen aus beliebigen Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität, aus den von der EFSF gemäß einem EFSF-Programm ausgegebenen Finanzierungsinstrumenten oder aus beliebigen an die Sicherungsgeber zu leistenden Rückzahlungen noch ausstehen.
- (2) Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets verpflichten sich, die EFSF in Übereinstimmung mit ihrer Satzung am frühest möglichen Datum nach dem 30. Juni 2013 zu liquidieren, zu dem keine von einem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets ausgereichte Finanzhilfe mehr aussteht und alle von der EFSF ausgegebenen Finanzierungsinstrumente sowie beliebige den Sicherungsgebern zurückzuzahlende Beträge vollständig zurückgezahlt wurden.
- (3) Für den Fall, dass bei Liquidation der EFSF noch Restverbindlichkeiten bestehen, haben die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets auf einer Abschlussitzung der Gesellschafter zu beschließen, in welchem Verhältnis diese Verbindlichkeiten auf die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets umzulegen sind.
- (4) Für den Fall, dass bei der Liquidation der EFSF ein Überschuss besteht, ist dieser Überschuss den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Beteiligung am Stammkapital der EFSF anteilig zuzuweisen.

Vor der Bestimmung eines derartigen Überschusses:

- (a) ist den Sicherungsgebern das Guthaben der Bar-Reserve gemäß Artikel 2 Abs. 10 zu zahlen und
- (b) sind beliebige von der EFSF erzielte Geschäftsgewinne oder Überschüsse, die sich aus ihrer Emission der von den Sicherungsgebern abgesicherten Finanzierungsinstrumente ergeben, als zusätzliche Vergütung an die Sicherungsgeber im Verhältnis ihres jeweiligen angepassten prozentualen Anteils des Beitragsschlüssels zu zahlen.

12. ERNENNUNG DER EIB, EZB, OUTSOURCING UND ÜBERTRAGUNG VON AUFGABEN

- (1) Die EFSF steht es frei, die EIB (bzw. sonstige Behörden, Anstalten, Institutionen der Europäischen Union, Kreditinstitute oder sonstige Personen, die einstimmig von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets bewilligt wurden) für folgende Zwecke zu ernennen:
 - (a) Verwaltung der von Investoren eingehenden Mittel infolge der Emission von Anleihen oder Wertpapieren gemäß einem EFSF-Programm, die Verwaltung der Weiterleitung dieser Mittel an die begünstigten Mitgliedstaaten in Form von Finanzhilfe, die Verwaltung der von begünstigten Mitgliedstaaten eingehenden Mittel und der Verwendung dieser Mittel zur planmäßigen Zahlung von Beträgen des Kapitals und der Zinsen aus den Anleihen und Schuldverschreibungen sowie, nach der Zahlung aus einer Bürgschaft, die Verwaltung der von den begünstigten Mitgliedstaaten eingehenden Mittel und die Weiterleitung der Rückzahlungs-Beträge auf die Sicherungsgeber,
 - (b) die entsprechende Verwaltung der EFSF Treasury, insbesondere der Bar-Reserve und jeglicher aufgrund einer vorzeitigen Rückzahlung oder Vorauszahlung von Finanzhilfe eingegangener Mittel, deren Verwendung zur Rückzahlung der Finanzierungsinstrumente noch aussteht,
 - (c) sonstige damit verbundene Aufgaben zur Verwaltung der Barmittel und der Kasse, die von Zeit zu Zeit an sie übertragen werden;
 - (d) Erbringung von juristischen Dienstleistungen, Buchhaltung, Personaldienstleistungen, Verwaltung der Fazilitäten, Einkauf, interne Revision und sonstige anderen Dienstleistungen, die im Wege des Outsourcings und/oder als logistische Dienstleistungen vergeben werden können.

Diese Ernennungen können im Rahmen eines zwischen EFSF und EIB (oder der jeweiligen Agentur oder Institution) abgeschlossenen Service Level Contract erfolgen.

- (2) Die EFSF kann die EZB als ihre Zahlstelle vertraglich beauftragen. Der EFSF steht es frei, die EZB (bzw. sonstige Behörden, Anstalten, Institutionen der

Europäischen Union, Kreditinstitute oder sonstige Personen, die einstimmig von Sicherungsgeber bewilligt wurden) zur Verwaltung ihrer Bank- und Wertpapierkonten zu ernennen.

- (3) Für den Fall, dass eine diversifizierte Finanzierungsstrategie zum Tragen kommt, und vorbehaltlich der einstimmigen Genehmigung der Sicherungsgeber (ausgenommen der *Stepping-Out Guarantors*) ist die EFSF berechtigt und es steht ihr frei, Tätigkeiten im Rahmen der Aktiv-Passivsteuerung sowie sonstige in Artikel 4 Abs. 6 beschriebene Tätigkeiten und Aufgaben an eine oder mehrere Schuldenmanagement-Agentur(en) eines Mitgliedstaates des Euro-Währungsgebiets beziehungsweise an sonstige Behörden, Anstalten, Institutionen der Europäischen Union oder Kreditinstitute zu übertragen, die einstimmig von den Sicherungsgebern genehmigt wurden.
- (4) Die EFSF ist berechtigt, diejenigen Aufgaben an beliebige Behörden, Anstalten, Institutionen der Europäischen Union, Kreditinstitute oder sonstige Personen zu übertragen und/oder im Rahmen des Outsourcing zu vergeben, und dies auf selbständiger Basis zu den auf dem freien Markt üblichen Sätzen zu tun, deren externe Vergabe das EFSF-Direktorium im Interesse der effizienten Erfüllung der Aufgaben der EFSF befürwortet.

13. VERWALTUNGSTECHNISCHE BESTIMMUNGEN

- (1) Die Betriebskosten und Barauslagen der EFSF werden von der EFSF aus ihren allgemeinen Einnahmen und Ressourcen gezahlt. Gebühren und Auslagen, die unmittelbar mit der Finanzierung verbunden sind, können (gegebenenfalls) dem jeweiligen begünstigten Mitgliedstaat weiterberechnet werden.
- (2) Mit ihrer Gründung übernimmt die EFSF die volle Verantwortung für alle Kosten und Auslagen, die im Rahmen ihrer Errichtung und Gründung entstanden sind. Darüber hinaus übernimmt sie alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen (einschließlich der Verpflichtung, Zahlungen zur Schadloshaltung zu leisten), die vor ihrer Gründung in ihrem Namen und zu ihren Gunsten im Rahmen eines Vertrags oder außervertraglich (sei es von einem Gesellschafter oder einem Dritten) eingegangen wurden.
- (3) Die EFSF wird den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und der Kommission vierteljährlich über noch ausstehende Ansprüche und Verbindlichkeiten gemäß den Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität, über Angelegenheiten der von der EFSF aufgelegten Finanzierungsinstrumente und die Bürgschaften berichten.
- (4) Die EFSF wird den Sicherungsgebern berichten und Weisungen vom Vorsitzenden der Eurogroup Working Group in Bezug auf offenstehende Ansprüche und Verbindlichkeiten beziehungsweise sonstige Angelegenheiten einholen, die sich im Zusammenhang mit der vorliegenden Vereinbarung oder mit einer Bürgschaft ergeben.

- (5) Die Parteien werden keines ihrer Rechte und keine ihrer in der vorliegenden Vereinbarung geregelten Pflichten ohne die vorherige schriftliche Zustimmung aller anderen Parteien der vorliegenden Vereinbarung abtreten oder übertragen.
- (6)(a) Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets vereinbaren hiermit, dass ein EFSF-Gesellschafter die von ihm an der EFSF gehaltenen Anteile während eines Zeitraums von 10 (zehn) Jahren ab dem Datum des Erwerbs der Anteile durch den jeweiligen Gesellschafter der EFSF ausschließlich mit einstimmiger Genehmigung aller Gesellschafter der EFSF übertragen kann. Diese Einschränkung gilt nicht für (i) die erste Übertragung durch den alleinigen Gründungsgesellschafter (sofern es diesen gibt) an die anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und (ii) anteilige Übertragungen durch jeden Gesellschafter der EFSF an einen neuen Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets, der nach Gründung der EFSF den Euro als seine Währung einführt.
- (b) Beabsichtigt ein Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets die Veräußerung seiner Anteile an der EFSF nach Ablauf der in Artikel 6.4 der Satzung der EFSF geregelten Verkaufssperre (*lock-up period*), hat er diese Anteile den anderen Gesellschaftern der EFSF im Verhältnis ihrer Beteiligung an der EFSF zum Kauf anzubieten. Sämtliche Anteile, die nicht von einem Gesellschafter, dem sie angeboten wurden, erworben werden, können anderen Gesellschaftern der EFSF angeboten und von diesen erworben werden. Kauft kein EFSF-Gesellschafter diese Anteile, steht es der EFSF frei, diese Anteile zu ihrem freien Marktwert zu erwerben, sofern ihr die für diesen Zweck erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen.
- (7) Wird ein neues Land ein Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets, gestatten die Parteien der vorliegenden Vereinbarung es diesem neuen Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets, als Gesellschafter der EFSF beizutreten, indem ihm Anteile der anderen Gesellschafter der EFSF übertragen werden, wobei der Gesamtprozentsatz der von diesem neuen Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Anteile an der EFSF seinem Beitragsschlüssel entspricht und gestatten dem neuen Mitgliedstaat, die Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung einzuhalten. Die Parteien werden im gegenseitigen Einvernehmen die Grundlagen vereinbaren, auf denen dieser neue die Bestimmungen einhaltende Mitgliedstaat (*adhering Member State*) des Euro-Währungsgebiets der vorliegenden Vereinbarung beitrifft.
- (8) Gründet ein Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets die EFSF, hat er unverzüglich nach der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten der vorliegenden Vereinbarung die Anteile an die anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zu übertragen, wobei die jeweils von ihnen gehaltenen EFSF-Anteile in ihrer prozentualen Höhe ihren jeweiligen Beitragsschlüsseln entspricht.

(9) Der Begriff:

- „**Geschäftstag**“ bezeichnet einen Tag, an dem Target 2 für die Abrechnung der Zahlungen in Euro offen ist.
- „**Target 2**“ bezeichnet das Zahlungssystem *Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer* (Transeuropäische Automatische Echtzeit-Bruttoabrechnungs-Express-Überweisung), das auf der Grundlage einer einzigen gemeinsamen Plattform am 19. November 2007 den Betrieb aufgenommen hat.
- Regelungen für die „**Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität**“ und „**Finanzhilfe**“ gelten entsprechend für die „**Vereinbarungen über eine Darlehensfazilität**“ und „**Darlehen**“, die von der EFSF vor dem Wirksamwerden der Änderungen abgeschlossen bzw. ausbezahlt wurden.

- (10) Nach Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (nachfolgend „**ESM**“) kann die EFSF mit Genehmigung durch eine einstimmige Entscheidung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und nach erforderlicher Zustimmung seitens der Anleger der Finanzierungsinstrumente ihre Rechte, Pflichten und Verbindlichkeiten, auch im Rahmen von Finanzinstrumenten, Vereinbarungen über eine Finanzhilfefazilität und/oder Finanzhilfe, einzeln oder gesamt an den ESM übertragen.

14. MITTEILUNGEN

Alle Mitteilungen bezüglich dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform und sind an die Adressen und Ansprechpartner zu übermitteln, die in den von den Parteien für die Zwecke der vorliegenden Vereinbarung zu beschließenden Umsetzungsrichtlinien (*operating guidelines*) aufgeführt sind.

15. SONSTIGE BESTIMMUNGEN

- (1) Sollte(n) eine oder mehrere der in der vorliegenden Vereinbarung enthaltenen Bestimmungen in beliebiger Hinsicht und unter einem beliebigen anwendbaren Recht gänzlich oder teilweise unwirksam, unrechtmäßig oder nicht durchführbar sein oder werden, so betrifft dies nicht die Wirksamkeit, Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der verbleibenden Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung und schränkt diese nicht ein. Diejenigen Bestimmungen, die gänzlich oder teilweise unwirksam, rechtswidrig oder nicht durchsetzbar sind, sind auszulegen und sodann gemäß dem Sinn und Zweck der vorliegenden Vereinbarung umzusetzen.
- (2) Die Präambel der vorliegenden Vereinbarung stellt einen wesentlichen Bestandteil derselben dar.
- (3) Jede der Parteien verzichtet hiermit unwiderruflich und unbedingt auf alle Immunität, die ihr zum jetzigen Zeitpunkt oder möglicherweise in Zukunft

zusteht, und zwar bezüglich ihrer selbst, ihres Vermögens oder ihrer Einnahmen, vor Gerichtsverfahren bezüglich der vorliegenden Vereinbarung; dies gilt insbesondere, ohne darauf beschränkt zu sein, für Immunität von der Gerichtsbarkeit, von Urteilen oder sonstigen Gerichtsbeschlüssen, von der Pfändung, Festnahme, Haft oder einstweiligen Verfügungen vor einem Urteil, sowie jeglicher Form von Vollstreckung und Durchsetzung von Ansprüchen gegen sie, ihr Vermögen oder ihre Einnahmen nach einem Urteil, soweit dies nicht zwingend gesetzlich verboten ist.

- (4) Eine natürliche oder juristische Person, die nicht Partei der vorliegenden Vereinbarung ist, ist nicht berechtigt, gemäß dem *Contracts (Rights of Third Parties) Act* (Gesetz über Verträge zugunsten Dritter) von 1999 eine beliebige Bestimmung der vorliegenden Vereinbarung zu ihren Gunsten durchzusetzen oder von dieser einen Nutzen zu ziehen.
- (5) Die vorliegende Vereinbarung kann von den Parteien schriftlich ergänzt werden.

16. GELTENDES RECHT, GERICHTSSTAND

- (1) Die vorliegende Vereinbarung und jegliche nicht vertraglich geregelte Verpflichtungen, die sich daraus oder im Zusammenhang damit ergeben, unterliegen englischem Recht und sind diesem entsprechend auszulegen.
- (2) Jegliche sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergebende Streitigkeit ist im gegenseitigen Einvernehmen beizulegen. Sollte dies nicht möglich sein, vereinbaren die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets dass, soweit die Streitigkeit eine Streitigkeit ausschließlich unter ihnen ist, diese der ausschließlichen Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs der Europäischen Union unterliegt. Soweit die Streitigkeit zwischen einem oder mehreren der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und der EFSF besteht, vereinbaren die Parteien, dass diese der ausschließlichen Gerichtsbarkeit der Gerichte des Großherzogtums Luxemburg unterliegt.

17. AUSFERTIGUNG DER VEREINBARUNG

Die vorliegende Vereinbarung kann von einer Partei oder mehreren Parteien in einer beliebigen Anzahl von Ausfertigungen unterzeichnet werden. Die jeweiligen Ausfertigungen stellen jeweils einen wesentlichen Bestandteil der ursprünglichen Vereinbarung dar; die Unterzeichnung der Ausfertigung wirkt sich genauso aus, als wären die Unterschriften auf den jeweiligen Ausfertigungen auf einer einzigen Kopie der Vereinbarung geleistet worden.

Die EFSF ist ermächtigt, unverzüglich nach Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung jeder der Parteien eine originalgetreue Abschrift zukommen zu lassen.

18. ANLAGEN

Die Anlagen dieser Vereinbarung stellen einen wesentlichen Bestandteil derselben dar:

1. Verzeichnis der Sicherungsgeber mit ihren jeweiligen Sicherungszusagen;
2. Beitragsschlüssel;
3. Muster für die verbindliche Zusage(*Commitment Confirmation*).

Für die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets

Königreich Belgien

vertreten durch:

Bundesrepublik Deutschland

vertreten durch:

Republik Estland

vertreten durch:

Irland

vertreten durch:

Hellenische Republik

vertreten durch:

Königreich Spanien

vertreten durch:

Französische Republik

vertreten durch:

Italienische Republik

vertreten durch:

Republik Zypern

vertreten durch:

Großherzogtum Luxemburg

vertreten durch:

Republik Malta

vertreten durch:

Königreich der Niederlande

vertreten durch:

Republik Österreich

vertreten durch:

Portugiesische Republik

vertreten durch:

Republik Slowenien

vertreten durch:

Slowakische Republik

vertreten durch:

Republik Finnland

vertreten durch:

Für die EFSF

EUROPEAN FINANCIAL STABILITY FACILITY

vertreten durch:

ANLAGE 1
VERZEICHNIS DER MITGLIEDSTAATEN DES EURO-
WÄHRUNGSGEBIETS ALS SICHERUNGSGEBER MIT IHREN
JEWELIGEN SICHERUNGSZUSAGEN AB DEM
WIRKSAMWERDEN DER ÄNDERUNGEN

<u>Land</u>	<u>Sicherungszusage</u> <u>EUR (in Mio.)</u>
Königreich Belgien	27.031,99
Bundesrepublik Deutschland	211.045,90
Irland	12.378,15 *
Königreich Spanien	92.543,56
Französische Republik	158.487,53
Italienische Republik	139.267,81
Republik Zypern	1.525,68
Großherzogtum Luxemburg	1.946,94
Republik Malta	704,33
Königreich der Niederlande	44.446,32
Republik Österreich	21.639,19
Portugiesische Republik	19.507,26 *
Republik Slowenien	3.664,30
Slowakische Republik	7.727,57
Republik Finnland	13.974,03
Hellenische Republik	21.897,74 *
Republik Estland	1.994,86
	<hr/>
Sicherungszusagen insgesamt	779.783,14

* Die Hellenische Republik, Irland und die Portugiesische Republik wurden Stepping-Out Guarantors. Portugal bleibt Sicherungsgeber bezüglich der Schuldscheine, die vor dem Zeitpunkt ausgegeben wurden, als Portugal zum Stepping-Out Guarantor wurde. Die Republik Estland ist Sicherungsgeberin nur bezüglich der Schuldscheine, die nach dem Wirksamwerden der Änderungen ausgegeben wurden.

Dies bedeutet, dass ab dem Wirksamwerden der Änderungen die gesamten aktiven Sicherungszusagen für die Sicherungsgeber, die keine Stepping-Out Garantoren sind, 726.000,00 Mio. EUR betragen.

ANLAGE 2
BEITRAGSSCHLÜSSEL FÜR AB DEM WIRKSAMWERDEN DER
ÄNDERUNGEN AUSGEGEBENE ODER ÜBERNOMMENE
FINANZIERUNGSINSTRUMENTE

<u>Mitgliedstaat</u>	<u>EZB-Schlüssel</u> <u>über gezeichnetes</u> <u>Kapital (in %)</u>	<u>Beitragsschlüssel</u>
Königreich Belgien	2,4256	3,4666%
Bundesrepublik Deutschland	18,9373	27,0647%
Irland*	1,1107	1,5874%
Königreich Spanien	8,3040	11,8679%
Französische Republik	14,2212	20,3246%
Italienische Republik	12,4966	17,8598%
Republik Zypern	0,1369	0,1957%
Großherzogtum Luxemburg	0,1747	0,2497%
Republik Malta	0,0632	0,0903%
Königreich der Niederlande	3,9882	5,6998%
Republik Österreich	1,9417	2,7750%
Portugiesische Republik*	1,7504	2,5016%
Republik Slowenien	0,3288	0,4699%
Slowakische Republik	0,6934	0,9910%
Republik Finnland	1,2539	1,7920%
Hellenische Republik*	1,9649	2,8082%
Republik Estland	0,1790	0,2558%
Gesamt	69,9705	100,0000%

* Mit dem Wirksamwerden der Änderungen sind die Hellenische Republik, Irland und die Portugiesische Republik *Stepping-Out Guarantors* geworden.

ANLAGE 3
MUSTER FÜR EINE VERBINDLICHE ZUSAGE

MUSTER FÜR DIE VERBINDLICHE ZUSAGE
(COMMITMENT CONFIRMATION)

[Briefkopf der Behörden
des Mitgliedstaates des Euro-Währungsgebiets]

Per Fax vorab und per Einschreiben:

European Financial Stability Facility

[•]

Fax: [•]

in Kopie an

[•]

Fax: [•]

**Betreff: European Financial Stability Facility (nachfolgend „EFSF“) –
verbindliche Zusage**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf den Rahmenvertrag bezüglich der EFSF zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, dem Großherzogtum Luxemburg, der Republik Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik, der Republik Finnland und der EFSF (nachfolgend „**Parteien**“).

Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass wir gemäß unseren nationalen Rechtsvorschriften gehörig befugt sind, uns gemäß dem oben genannten Rahmenvertrag mit Wirkung ab [Datum] zu binden.

Mit freundlichen Grüßen,

[Name des Mitgliedstaats des Euro-Währungsgebiets]

[•]

[•]



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Herrn Volker Kauder, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vorsitzenden der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vorsitzenden der FDP-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Herrn Rainer Brüderle, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE
im Deutschen Bundestag
Herrn Dr. Gregor Gysi, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Deutschen Bundestag
Herrn Jürgen Trittin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Deutschen Bundestag
Frau Renate Künast, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

BETREFF **EFSF-Rahmenvertrag**

ANLAGEN **1**

DOK **2011/0691853**

(bei Antwort bitte DOK angeben)

Dr. Wolfgang Schäuble

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-11 45

FAX +49 (0) 30 18 682-16 57

E-MAIL poststelle@bmf.bund.de

DATUM 29. August 2011

Sehr geehrte Kollegin,
sehr geehrte Kollegen,

die Verhandlungen zur Erhöhung des effektiv verfügbaren Kreditvolumens und zur Erweiterung des Instrumentenkastens im EFSF-Rahmenvertrag sind abgeschlossen. Nachdem ich Ihnen vor wenigen Tagen bereits aus den laufenden Verhandlungen einen Entwurf aus Brüssel weitergeleitet hatte, übersende ich Ihnen heute den Text des geänderten EFSF-Rahmenvertrages. Eine Übersetzung folgt so rasch wie möglich.

Dem Kabinett wird jetzt am 31. August 2011 eine Formulierungshilfe für einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem das Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (StabMechG) an die Änderungen des EFSF-Rahmenvertrages angepasst werden soll. Die Frage der Parlamentsbeteiligung ist nicht Gegenstand des geänderten EFSF-Rahmenvertrages. Die Koalitionsfraktionen haben angekündigt, dass sie im Zuge des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens Vorschläge zur Änderung der im geltenden StabMechG vorgesehenen parlamentarischen Mitwirkung einbringen werden.

Mit freundlichen Grüßen



EFSF FRAMEWORK AGREEMENT
(as amended with effect from the Effective Date of the
Amendments)

between

KINGDOM OF BELGIUM
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
REPUBLIC OF ESTONIA
IRELAND
HELLENIC REPUBLIC
KINGDOM OF SPAIN
FRENCH REPUBLIC
ITALIAN REPUBLIC
REPUBLIC OF CYPRUS
GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG
REPUBLIC OF MALTA
KINGDOM OF THE NETHERLANDS
REPUBLIC OF AUSTRIA
PORTUGUESE REPUBLIC
REPUBLIC OF SLOVENIA
SLOVAK REPUBLIC
REPUBLIC OF FINLAND

AND

EUROPEAN FINANCIAL STABILITY FACILITY

EFSF FRAMEWORK AGREEMENT (the "Agreement")¹

is made by and between:

- (A) Kingdom of Belgium, Federal Republic of Germany, Republic of Estonia, Ireland, Hellenic Republic, Kingdom of Spain, French Republic, Italian Republic, Republic of Cyprus, Grand Duchy of Luxembourg, Republic of Malta, Kingdom of the Netherlands, Republic of Austria, Portuguese Republic, Republic of Slovenia, Slovak Republic, and Republic of Finland (the "**euro-area Member States**" or "**EFSF Shareholders**"); and
- (B) European Financial Stability Facility ("**EFSF**"), a *société anonyme* incorporated in Luxembourg, with its registered office at 43, avenue John F. Kennedy, L-1855 Luxembourg (R.C.S. Luxembourg B153.414) (the euro-area Member States and EFSF referred to hereafter as the "**Parties**").

PREAMBLE

Whereas:

- (1) On 9 May 2010 a comprehensive package of measures has been decided including (a) a Council Regulation establishing the European Financial Stabilisation Mechanism ("**EFSM**") based on Article 122(2) of the Treaty on the functioning of the European Union and (b) the EFSF in order to financially support euro-area Member States in difficulties caused by exceptional circumstances beyond such euro-area Member States' control with the aim of safeguarding the financial stability of the euro area as a whole and of its Member States. It is envisaged that financial support to euro-area Member States shall be provided by EFSF in conjunction with the IMF and shall be on comparable terms to the stability support loans advanced by euro-area Member States to the Hellenic Republic on 8 May 2010 or on such other terms as may be agreed.
- (2) EFSF has been incorporated on 7 June 2010 for the purpose of making stability support to euro-area Member States. In a statement dated 21 July 2011 the Heads of State or Government of the euro area and EU institutions stated their intention to improve the effectiveness of EFSF and address contagion and they had agreed to increase the flexibility of EFSF linked to appropriate conditionality. As a consequence, whilst originally financial assistance was provided solely by way of loan facility agreements, financial assistance may now be granted in the form of financial assistance facility agreements ("**Financial Assistance Facility Agreements**", each a "**Financial Assistance Facility Agreement**") to provide financial assistance

¹ Please note that this consolidated version is for information purposes. The new amendments will be effected by a Supplemental Amendment Agreement setting out the changes to the Framework Agreement. It may be necessary to include in the Supplemental Amendment Agreement a "provisional application" clause similar to that in Article 15(2) of the LFA to Greece of 8 May 2010.

by way of loan disbursements, precautionary facilities, facilities to finance the recapitalisation of financial institutions in a euro-area Member State (through loans to the governments of such Member States including in non-programme countries), facilities for the purchase of bonds in the secondary markets on the basis of an ECB analysis recognizing the existence of exceptional financial market circumstances and risks to financial stability or facilities for the purchase of bonds in the primary market (each such utilization of a Financial Assistance Facility Agreement being a "**Financial Assistance**") with the Financial Assistance to be made under all Financial Assistance Facility Agreements being financed with the benefit of guarantees in an amount of up to EUR 779,783.14 million to be used within a limited period of time. This is intended to result in an effective capacity for EFSF to provide Financial Assistance of EUR 440,000 million. The availability of such Financial Assistance Facility Agreements will be conditional upon the relevant euro-area Member States which request such Financial Assistance Facility Agreements entering into memoranda of understanding (each an "**MoU**") with the European Commission, acting on behalf of the euro-area Member States, including conditions such as budgetary discipline and economic policy guidelines and their compliance with the terms of such MoU. With respect to each Financial Assistance Facility Agreement, the relevant beneficiary euro-area Member State shall be referred to as the "**Beneficiary Member State**". If Financial Assistance is in the form of facilities for the purchase of bonds in the primary or secondary market, the nature and terms, including as to pricing, policy conditionality, conditions to utilization and documentation of such arrangements shall be in accordance with guidelines adopted by the board of directors of EFSF acting unanimously pursuant to Article 2(1)(b). Similarly, if Financial Assistance is in the form of precautionary facilities and facilities to finance the recapitalisation of financial institutions of a euro-area Member State, the board of directors of EFSF acting unanimously shall adopt guidelines under Article 2(1)(c) in relation to such arrangements. The terms of an MoU shall impose appropriate policy conditionality for the full duration of a Financial Assistance Facility Agreement and not just limited to the period in which Financial Assistance is made available. The conditions attached to the provision of Financial Assistance by EFSF as well as the rules which apply to monitoring compliance must be fully consistent with the Treaty on the Functioning of the European Union and the acts of EU law.

(2)(a) On 20 June 2011, euro area Finance Ministers agreed that the pricing structure for EFSF loan facility agreements should be as follows:

"(a) EFSF Cost of Funding; plus

(b) the Margin.

The margin shall be equal to 200 basis points with such Margin being increased to 300 basis points in respect of any Loan which remains outstanding after the third anniversary of the date of disbursement.

In respect of fixed rated Loans with a scheduled maturity which exceeds three (3) years, the Margin shall be equal to the weighted average of 200 basis points for the first three (3) years and 300 basis points for the period from (and including) the third anniversary of its drawdown and ending on (but excluding) the scheduled maturity date of such Loan."

Subsequently, on 21 July 2011, Heads of State or Government of the euro area stated:

"We have decided to lengthen the maturity of future EFSF loans to Greece to the maximum extent possible from the current 7.5 years to a minimum of 15 years and up to 30 years with a grace period of 10 years. In this context, we will ensure adequate post programme monitoring. We will provide EFSF loans at lending rates equivalent to those of the Balance of Payments facility (currently approx. 3.5%), close to, without going below, the EFSF funding cost. We also decided to extend substantially the maturities of the existing Greek facility. This will be accompanied by a mechanism which ensures appropriate incentives to implement the programme."

They also stated:

"The EFSF lending rates and maturities we agreed upon for Greece will be applied also for Portugal and Ireland."

- (3) By a decision of the representatives of the governments of the 16 euro-area Member States dated 7 June 2010, acting on the basis of the conclusions of the 27 European Union Member States of 9 May 2010, the Commission was tasked with carrying out certain duties and functions as contemplated by the terms of this Agreement.
- (4) EFSF shall finance the making of Financial Assistance by issuing or entering into bonds, notes, commercial paper, debt securities or other financing arrangements ("**Funding Instruments**") which are backed by irrevocable and unconditional guarantees (each a "**Guarantee**") of the euro-area Member States which shall act as guarantors in respect of such Funding Instruments as contemplated by the terms of this Agreement. The guarantors (the "**Guarantors**") of Funding Instruments issued or entered into by EFSF shall be comprised of each euro-area Member State (excluding any euro-area Member State which is or has become a Stepping-Out Guarantor under Article 2(7) prior to the issue of such Funding Instruments). It is not anticipated that a request under Article 2(7) of this Agreement would be made by a euro-area Member State which has requested Financial Assistance in the form of a precautionary facility, so long as such facility is not drawn or utilised, a facility to finance the recapitalisation of financial institutions in such Member State by way of a loan made to such Member State or a facility for the purchase of bonds of such Member State in the secondary market.

- (5) A political decision has been taken by all euro-area Member States to provide Guarantee Commitments (as defined in Article 2(3)) pursuant to the terms of this Agreement.
- (6) The euro-area Member States and EFSF have entered into this Agreement to set out the terms and conditions upon which EFSF may enter into Financial Assistance Facility Agreements, make Financial Assistance available to euro-area Member States, finance such Financial Assistance by issuing or entering into Funding Instruments backed by Guarantees issued by the Guarantors, the terms and conditions on which the Guarantors shall issue Guarantees in respect of the Funding Instruments issued by or entered into by EFSF, the arrangements entered into between them in the event that a Guarantor is required to pay under a Guarantee more than its required proportion of liabilities in respect of a Funding Instrument and certain other matters relating to EFSF.

Now, therefore, the Parties have agreed as follows:

1. ENTRY INTO FORCE

- (1) This Agreement (with the exception of the obligation of euro-area Member States to issue Guarantees under this Agreement) shall, upon at least five (5) euro-area Member States comprising at least two-thirds (2/3) of the total guarantee commitments set out in Annex 1 (the "**Total Guarantee Commitments**") providing written confirmation substantially in the form of Annex 3 to EFSF that they have concluded all procedures necessary under their respective national laws to ensure that their obligations under this Agreement shall come into immediate force and effect (a "**Commitment Confirmation**"), enter into force and become binding between EFSF and the euro-area Member States providing such Commitment Confirmations.
- (2) The obligation of euro-area Member States to issue Guarantees under this Agreement shall enter into force and become binding between EFSF and the euro-area Member States which have provided Commitment Confirmations only when Commitment Confirmations have been received by EFSF from euro-area Member States whose Guarantee Commitments represent in aggregate ninety per cent (90%) or more of the Total Guarantee Commitments. Any euro-area Member State which applies for stability support from the euro-area Member States or which benefits from financial support under a similar programme or which is already a Stepping-Out Guarantor shall be excluded in computing whether this ninety per cent (90%) threshold of the Total Guarantee Commitments is satisfied.
- (3) This Agreement and the obligation to provide Guarantees in accordance with the terms of this Agreement shall enter into force and become binding on any remaining euro-area Member States (which have not provided their Commitment Confirmations at the time the Agreement or the obligation to provide Guarantees comes into force pursuant to Article 1(1) or 1(2)) at the time when such euro-area Member States provide their Commitment

Confirmation to EFSF copies of which should be addressed to the Commission.

2. FINANCIAL ASSISTANCE FACILITY AGREEMENTS, GRANT OF FINANCIAL ASSISTANCE, FUNDING INSTRUMENTS AND ISSUANCE OF GUARANTEES

(1)

- (a) The euro-area Member States agree that in the event of a request made by a euro-area Member State to the other euro-area Member States for a Financial Assistance Facility Agreement (i) the Commission (in liaison with the ECB and the IMF) shall be hereby authorised to negotiate the MoU with the relevant Beneficiary Member State which shall be consistent with a decision the Council may adopt under Article 136(1) of the Treaty on the functioning of the European Union following a proposal of the Commission and the Commission shall be hereby authorised to finalise the terms of such MoU and to sign such MoU with the Beneficiary Member State on behalf of the euro-area Member States once such MoU has been approved by the Eurogroup Working Group (unless an MoU has been already entered into between the Beneficiary Member State and the Commission under the EFSM which MoU has been approved by all euro-area Member States in which case this latter MoU shall apply, provided that it covers both EFSM and EFSF stability support); (ii) following such approval of the relevant MoU, the Commission, in liaison with the ECB, shall make a proposal to the Eurogroup Working Group of the main terms of the Financial Assistance Facility Agreement to be proposed to the Beneficiary Member State based on its assessment of market conditions and provided that the terms of such Financial Assistance Facility Agreement contain financial terms compatible with the MoU and the compatibility of maturities with debt sustainability; (iii) following a decision of the Eurogroup Working Group, EFSF (in conjunction with the Eurogroup Working Group) shall negotiate the detailed, technical terms of the Financial Assistance Facility Agreements under which Financial Assistance will, subject to the terms and conditions set out therein, be made available to the relevant Beneficiary Member State, provided that such Financial Assistance Facility Agreements shall be substantially in the form of template Financial Assistance Facility Agreements (each adapted to the particular form of financial assistance being provided to the relevant euro-area Member State) which shall be approved by the euro-area Member States for the purpose of this Agreement and the financial parameters of such Financial Assistance Facility Agreements shall be based on the financial terms proposed by the Commission, in liaison with the ECB, and approved by the Eurogroup Working Group and (iv) EFSF shall collect, verify and hold in safe custody the conditions precedent to such Financial

Assistance Facility Agreements and the executed versions of all related documents. The terms of Article 3(2) set out the basis upon which decisions shall be made in relation to Financial Assistance to be made available under an existing Financial Assistance Facility Agreement subject to any other procedures which may be adopted pursuant to guidelines adopted by the board of directors of EFSF pursuant to Articles 2(1)(b) or 2(1)(c). Given that EFSF is not a credit institution, Beneficiary Member States shall represent and warrant in each Financial Assistance Facility Agreement that no regulatory authorisation is required for EFSF to grant Financial Assistance to such Beneficiary Member State under its applicable national law or that an exemption to such regulatory authorisation requirement exists under applicable national law. The Guarantors hereby authorise EFSF to sign such Financial Assistance Facility Agreements, subject to the prior unanimous approval by all of them participating in the relevant votes of Guarantors.

- (b) Financial Assistance to a euro-area Member State may consist of facilities for the purchase of bonds in the secondary market to avoid contagion, on the basis of an ECB analysis recognising the existence of exceptional financial market circumstances and risks to financial stability or by way of facilities for the purchase of bonds in the primary market. The nature and terms, including as to pricing, conditions to and procedures for disbursement or utilisation, administration, documentation and monitoring of compliance with policy conditionality of such arrangements shall be in accordance with guidelines adopted by the board of directors of EFSF acting with unanimity. Bonds purchased by EFSF in the primary or secondary markets can either be held to maturity or sold in accordance with the applicable guidelines.
 - (c) To improve the effectiveness of EFSF and address contagion, Financial Assistance Facility Agreements to a euro-area Member State may consist of precautionary facilities or facilities to finance the re-capitalisation of financial institutions in a euro-area Member State by way of a loan to the government of such Member State (whether or not it is a programme country). If a Financial Assistance Facility Agreement covers such Financial Assistance, the nature and terms of such agreement, including as to pricing, conditions to and procedures for disbursement or utilisation, compliance with policy conditionality, administration, documentation and monitoring of compliance with policy conditionality shall be in accordance with guidelines to be adopted by the board of directors of EFSF acting with unanimity.
- (2) In respect of each Financial Assistance Facility Agreement and the Financial Assistance to be made thereunder, the euro-area Member States agree that EFSF (in consultation with the Eurogroup Working Group) shall be authorised to structure and negotiate the terms on which EFSF may issue or

enter into Funding Instruments on a stand-alone basis or pursuant to a debt issuance programme or programmes or facility (each an "**EFSF Programme(s)**") to finance the making of Financial Assistance to Beneficiary Member States. So long as market conditions permit and save as otherwise stated in this Agreement, such Funding Instruments shall have substantially the same financial profile as the related Financial Assistance (provided that (x) for operational reasons there will need to be delays between issue dates and payment dates to facilitate the transfers of funds and calling Guarantees and (y) notwithstanding the liability of each Guarantor to pay any amounts of interest and principal due but unpaid under the Funding Instruments, the recourse of investors against EFSF under the Funding Instruments shall be limited to the assets of EFSF including, in particular, the amounts it recovers in respect of the Financial Assistance. The pricing which will apply to each Financial Assistance is intended to cover the cost of funding and operations incurred by EFSF and shall include a margin (the "**Margin**"). This shall provide remuneration for the Guarantors and shall be specified in the relevant Financial Assistance Facility Agreement. The EFSF shall review periodically the pricing structure applicable to its Financial Assistance Facility Agreements and any changes thereto shall be agreed by the Guarantors acting unanimously in accordance with Article 10(5). The Service Fee retained in respect of Financial Assistance disbursed prior to the Effective Date of the Amendments may be used to cover the operational costs of EFSF and any costs and fees directly related to the issuance of Funding Instruments which have not otherwise been charged to the relevant Beneficiary Member State.

- (3) In respect of Funding Instruments issued or entered into under an EFSF Programme or on a stand-alone basis, each Guarantor shall be required to issue an irrevocable and unconditional Guarantee in a form to be approved by the Guarantors for the purpose of this Agreement and in an amount equal to the product of (a) the percentage set out next to each Guarantor's name in the third column (the "**Contribution Key**") in Annex 2 ²(as such percentage is adjusted from time to time in accordance with the terms of this Agreement and/or to reflect any euro-area Member State not yet having provided its Commitment Confirmation during the implementation period pursuant to Article 1 and notified in writing by EFSF to the Guarantors) (the "**Adjusted Contribution Key Percentage**"), (b) up to 165% (the "**Over-Guarantee Percentage**") in respect of Funding Instruments issued or entered into after the Effective Date of the Amendments, and (c) the obligations of EFSF (in respect of principal, interest or other amounts due) in respect of the Funding Instruments issued or entered into by EFSF on a stand-alone basis or under an EFSF Programme. If EFSF issues Funding Instruments under an EFSF Programme, each Guarantor shall issue its Guarantee to guarantee all Funding

² In respect of Funding Instruments issued or entered into prior to the Effective Date of the Amendments the Contribution Key and Adjusted Contribution Key Percentage shall be determined by the terms of this Agreement (including Annex 2) prior to the amendments.

Instruments issued or entered into pursuant to the relevant EFSF Programme. The Offering Materials or contractual documentation for each issue or contracting of Funding Instruments made under an EFSF Programme shall confirm which Guarantors have Guarantees which cover the relevant Funding Instruments or issue or series thereof. EFSF may also request the Guarantors to issue Guarantees under this Agreement for other purposes which are closely-linked to an issue of Funding Instruments and which facilitates the obtaining and maintenance of a high quality rating for Funding Instruments issued by EFSF and efficient funding by EFSF. The decision to issue Guarantees for such other purposes in connection with an EFSF Programme or a stand-alone issue of or entry into Funding Instruments shall be taken by a unanimous decision of the Guarantors. No Guarantor shall be required to issue Guarantees which would result in it having a Guarantee Notional Exposure in excess of its guarantee commitment ("**Guarantee Commitment**") set alongside its name in Annex 1. For the purposes of this Agreement, a Guarantor's "**Guarantee Notional Exposure**" is equal to the aggregate of:

- (i) the principal amount of Funding Instruments issued or entered into (including Funding Instruments issued or entered into pursuant to any Diversified Funding Strategy approved pursuant to Article 4(5), and other principal amounts guaranteed under Guarantees issued for other purposes pursuant to Article 2(3)) which benefit from Guarantees issued under this Agreement and which remain outstanding; and
- (ii) without double counting, the aggregate amounts paid by the Guarantors following demands made under Guarantees issued under this Agreement which paid amounts have not been reimbursed to the Guarantors.

Accordingly, if an outstanding, undrawn Guarantee expires or if an amount drawn under a Guarantee is reimbursed this will reduce a Guarantor's Guarantee Notional Exposure and replenish its capacity to issue Guarantees under this Agreement.

It is acknowledged and agreed that the amendments to this Article 2(3) apply to Funding Instruments issued or entered into on or after the Effective Date of the Amendments. These amendments do not in any respect affect or reduce the liability of Guarantors (including any Guarantors which became Stepping-Out Guarantors) under Guarantees which guarantee Funding Instruments issued or entered into prior to the Effective Date of the Amendments in respect of which the Contribution Key and Adjusted Contribution Key Percentage and Guarantee Commitment of each Guarantor is that which applied on the date of issue of or entry into the relevant Funding Instrument.

(4)

- (a) The Guarantees shall irrevocably and unconditionally guarantee the due payment of scheduled payments of interest and principal due on

Funding Instruments issued by EFSF. In the case of EFSF Programmes, the Guarantors shall issue Guarantees which guarantee all series of Funding Instruments issued from time to time under the relevant EFSF Programme. The Offering Materials and/or contractual documentation of each series shall confirm which Guarantees cover that series, in particular, if a Guarantor under the relevant EFSF Programme has subsequently become a Stepping-out Guarantor and no longer guarantees further issues or series under such EFSF Programme.

- (b) The Guarantees may be issued to a bond trustee or other representative of bondholders or creditors (a "**Noteholder Representative**") who shall be entitled to make demands under the Guarantees on behalf of holders of Funding Instruments and enforce the claims of holders of Funding Instruments so as to facilitate the management of making demands on the Guarantees. The detailed terms and conditions of each issue of Funding Instruments and the Guarantees relating thereto shall be agreed by EFSF, subject to the approval of the Guarantors, and shall be as described in the relevant Offering Materials (as defined in Article 4(1) applicable thereto) and applicable contractual documentation.
- (5) A Guarantor shall only be required to issue a Guarantee in accordance with this Agreement if:
- (a) it is issued in respect of Funding Instruments issued or entered into under an EFSF Programme or on a stand-alone basis and such Funding Instruments finance the making of Financial Assistance approved in accordance with the terms of this Agreement and the Articles of Association of EFSF or it is issued for such other closely-linked purpose as are approved under Article 2(3);
 - (b) the Guarantee is issued to facilitate the financing under Financial Assistance Facility Agreements entered into on or prior to 30 June 2013 (including the financing of Financial Assistance made pursuant to an existing Financial Assistance Facility Agreement after such date and any related issue of bonds or debt securities related thereto) and the Guarantee is in any event issued on or before 30 June 2013;
 - (c) the Guarantee is in the form approved by euro-area Member States for the purpose of this Agreement and the EFSF Programme;
 - (d) the liability of the Guarantor under such Guarantee gives rise to a Guarantee Notional Exposure which complies with the terms of Article 2(3); and
 - (e) it is denominated in euros or such other currency as is approved by the Guarantors for the purpose of this Agreement.

- (6) The Guarantee Commitment of each Guarantor to provide Guarantees is irrevocable and firm and binding. Each Guarantor will be required, subject to the terms of this Agreement, to issue Guarantees up to its Guarantee Commitment for the amounts to be determined by EFSF and at the dates specified by EFSF in order to facilitate the issuance or entry into of Funding Instruments under the relevant EFSF Programme or stand-alone Funding Instrument in each case in accordance with the EFSF funding strategy.
- (7) If a euro-area Member State encounters financial difficulties such that it makes a demand for a Financial Assistance Facility Agreement from EFSF, it may by written notice together with supporting information satisfactory to the other Guarantors request the other Guarantors (with a copy to the Commission, the Eurogroup Working Group Chairman) to accept that the Guarantor in question does not participate in issuing a Guarantee or incurring new liabilities as a Guarantor in respect of any further debt issuance by EFSF. The decision of the euro-area Member States in relation to such a request is to be made at the latest when they decide upon making any further Financial Assistance Facility Agreements or make available further Financial Assistance.
- (8) In respect of Financial Assistance disbursed prior to the Effective Date of the Amendments, an up-front service fee (the "**Service Fee**") calculated as being 50 basis points on the aggregate principal amount of each Financial Assistance shall be charged to each Beneficiary Member State and deducted from the cash amount to be remitted to the Beneficiary Member State in respect of each such Financial Assistance. In addition, the net present value (calculated on the basis of the internal rate of return of the Funding Instruments financing such Financial Assistance (or such other blended internal rate of return as is deemed appropriate in case of a Diversified Funding Strategy), the "**Discount Rate**") of the anticipated Margin that would accrue on each Financial Assistance to its scheduled maturity date (the "**Prepaid Margin**") shall be deducted from the cash amount to be remitted to the Beneficiary Member State in respect of such Financial Assistance. The Service Fee and the Prepaid Margin, together with such other amounts as EFSF decides to retain as an additional cash buffer, will be deducted from the cash amount remitted to the Beneficiary Member State in respect of each Financial Assistance (such that on the disbursement date (the "**Disbursement Date**") the Beneficiary Member State receives the net amount (the "**Net Disbursement Amount**")) but shall not reduce the principal amount of such Financial Assistance that the Beneficiary Member State is liable to repay and on which interest accrues under the relevant Financial Assistance. These retained amounts shall be retained to provide a cash reserve to be used as credit enhancement and otherwise as described in Article 5 below. The "**Cash Reserve**" shall include these retained amounts, the amounts credited to the Cash Reserve under Article 2(9), together with all income and investments earned by investment of these amounts. The Cash Reserve shall be invested in accordance with investment guidelines approved by the board of directors of EFSF.

- (9) In respect of Financial Assistance disbursed after the Effective Date of the Amendments, if on the date of disbursement of such Financial Assistance, the Notes issued to finance such Financial Assistance obtain the highest credit ratings (without any additional credit enhancement), then, unless otherwise agreed:
- (a) subject to Article 2(9)(c), the Margin shall be payable on such Financial Assistance in arrear at the end of each interest period;
 - (b) an amount calculated as being 50 basis points on the aggregate principal amount of each Financial Assistance shall be charged to the Beneficiary Member State as an advance payment of a portion of the Margin on such Financial Assistance (the "**Advance Margin**") and shall be deducted from the cash amount to be remitted to the Beneficiary Member State in respect of such Financial Assistance;
 - (c) on the first (and/or subsequent) interest payment date(s) of a Financial Assistance the amount payable in respect of the Margin shall be reduced by an amount equal to the Advance Margin and the interest cost related to the funding of the Advance Margin; and
 - (d) the only deduction from the cash amount of the Financial Assistance shall be the amount of Advance Margin and any fees and costs incurred in connection with the issue of Funding Instruments to finance such Financial Assistance and any adjustment for Funding Instruments being issued for an issue price less than par value ("**Issuance Costs**") and the Net Disbursement Amount shall be equal to the principal amount of the Financial Assistance less (i) the amount of Advance Margin and (ii) the Issuance Costs.

The deduction of an amount equal to the Issuance Costs and the amount of Advance Margin shall not reduce the principal amount of a Financial Assistance that the Beneficiary Member State is liable to repay and on which interest accrues.

Advance Margin and Margin amounts retained or received in respect of a Financial Assistance shall be credited to the Cash Reserve.

If, on the date of disbursement of a Financial Assistance, the Notes issued to finance such Financial Assistance would not obtain the highest quality credit ratings (without any additional credit enhancement), then the euro-area Member States may adopt additional credit enhancement mechanisms under Article 5(3) of this Agreement and make consequent modifications to the relevant Financial Assistance Facility Agreement.

- (10) If, following the repayment of all Financial Assistance made under Financial Assistance Facility Agreements and all Funding Instruments issued by or entered into by EFSF, there remain amounts in the Cash Reserve (including amounts representing interest or investment income earned by investment of

the Cash Reserve), then, unless otherwise agreed, these amounts shall be paid to the Guarantors as consideration for the issuance of their Guarantees. EFSF shall maintain ledger accounts and other records of the amounts of Service Fee and anticipated Margin retained in respect of each Financial Assistance Facility Agreement and the amounts credited to the Cash Reserve under Article 2(9) and the amount of all Guarantees issued by each Guarantor pursuant to this Agreement. These ledger accounts and records shall permit EFSF to calculate the consideration due to each Guarantor in respect of the Guarantees issued under this Agreement which shall be payable on a *pro rata* proportional basis to each Guarantor by reference to its participation in all the Guarantees issued under this Agreement.

- (11) Euro-area Member States which are potential Beneficiary Member States may only request and enter into Financial Assistance Facility Agreements in the period commencing on the date this Agreement enters into force and ending on 30 June 2013 (provided that Financial Assistance may be disbursed after this date under Financial Assistance Facility Agreements entered into prior to this date).
- (12) Following the execution of this Agreement, the Parties shall agree upon forms of (i) the Guarantees, (ii) the Financial Assistance Facility Agreements (adapted as appropriate pursuant to guidelines adopted by the board of directors of EFSF under Articles 2(1)(b) or 2(1)(c)), (iii) the documentation for the Funding Instruments, (iv) the arrangements in respect of the appointment of Noteholder Representatives, (v) the dealer and subscription agreements for Funding Instruments and (vi) any agency or service level agreement with EIB or any other agency, institution or person.

3. PREPARATION AND AUTHORISATION OF DISBURSEMENTS

- (1) Before each disbursement of a Financial Assistance under a Financial Assistance Facility Agreement, unless otherwise specified in the relevant Financial Assistance Facility Agreement (in accordance with guidelines adopted by the board of directors of EFSF pursuant to Articles 2(1)(b) or 2(1)(c) and applicable to the relevant category of Financial Assistance Facility Agreement), the Commission will, in liaison with the ECB, present a report to the Eurogroup Working Group analysing compliance by the relevant Beneficiary Member State with the terms and the conditions set out in the MoU and in the Council Decision (if any) relating to it. The Guarantors will evaluate such compliance and will unanimously decide on whether to permit disbursement of the relevant Financial Assistance. The first Financial Assistance to be made available to a Beneficiary Member State under a Financial Assistance Facility Agreement shall be released or utilised following the initial signature of the relevant MoU and will not be the object of such a report. The board of directors of EFSF acting with unanimity shall adopt guidelines under Article 2(1)(b) and 2(1)(c) regarding the conditions to and procedures for the disbursement and on-going monitoring of compliance with policy conditionality of Financial Assistance in the form of

precautionary facilities, facilities for the recapitalisation of financial institutions in a Member State and facilities for the purchase of bonds in the primary or secondary markets.

- (2) Unless otherwise specified in the relevant Financial Assistance Facility Agreement (in accordance with guidelines adopted by the board of directors of EFSF under Articles 2(1)(b) or 2(1)(c) and applicable to the relevant category of Financial Assistance Facility Agreement), following a request for financial assistance (a "**Request for Financial Assistance**") from a Beneficiary Member State complying with the terms of the relevant Financial Assistance Facility Agreement, the Guarantors shall (other than in respect of the first Financial Assistance) consider the report of the Commission regarding the Beneficiary Member State's compliance with the MoU and the relevant Council decision (if any). If, acting unanimously, the Guarantors consider that the Beneficiary Member State has complied with the conditions to drawdown under the Financial Assistance Facility Agreement and are satisfied with its compliance with the terms and conditions of the MoU then the Eurogroup Working Group Chairman shall request in writing EFSF to make a proposal of detailed terms of the Financial Assistance it would recommend to make to the Beneficiary Member State within the parameters of the Financial Assistance Facility Agreement, the MoU, taking into account debt sustainability and the market situation for bond issuance. The EFSF proposal shall specify the amount which EFSF is authorised to make available by way of a Financial Assistance under the Financial Assistance Facility Agreement and on what terms including as to the amount of the Financial Assistance, the Net Disbursement Amount, the term, the redemption schedule and the interest rate (including the Margin) in relation to such Financial Assistance. If the Eurogroup Working Group accepts this proposal the Eurogroup Working Group Chairman shall request EFSF to communicate an acceptance notice (an "**Acceptance Notice**") to the Beneficiary Member State confirming the terms of the Financial Assistance.
- (3) At the latest following the signature of a Financial Assistance Facility Agreement, EFSF shall commence the process for the issuance of or entry into Funding Instruments under the EFSF Programme(s) or otherwise and, to the extent necessary, shall request the Guarantors to issue Guarantees in accordance with Article 2 (above) such that EFSF has sufficient funds when needed to make disbursements under the relevant Financial Assistance .
- (4) If applicable, and prior to the delivery of any Acceptance Notice, the Eurogroup Working Group Chairman shall communicate to the Commission and EFSF whether any Guarantor has notified it that the circumstances described in Article 2(7) apply to it and the decision of the euro-area Member States relating thereto. The Eurogroup Working Group Chairman shall communicate the decisions of the Guarantors to EFSF, the Commission and the euro-area Member States at least thirty (30) Business Days prior to the date of any related issue of or entry into Funding Instruments.

- (5) On the relevant Disbursement Date, unless otherwise specified in the relevant Financial Assistance Facility Agreement (in accordance with guidelines adopted by the board of directors of EFSF under Articles 2(1)(b) or 2(1)(c) and applicable to the relevant category of Financial Assistance Facility Agreement) EFSF shall make the relevant Financial Assistance available to the Beneficiary Member State by making available the Net Disbursement Amount through the accounts of EFSF and the relevant Beneficiary Member State opened for the purpose of the Financial Assistance Facility Agreement with the ECB.

4. **ISSUANCE OF OR ENTRY INTO FUNDING INSTRUMENTS**

- (1) In compliance with its funding strategy, EFSF may issue or enter into Funding Instruments benefitting from the Guarantees on a stand-alone basis or shall establish one or more EFSF Programme(s) for the purpose of issuing Funding Instruments benefitting from Guarantees which shall finance the making of Financial Assistance in accordance with the terms of this Agreement. EFSF may establish a base prospectus (the "**Base Prospectus**") for each EFSF Programme with each individual issue of Funding Instruments being issued pursuant to final terms ("**Final Terms**") setting out the detailed financial terms of each issue (including the Over-Guarantee Percentage applicable to such issue of Funding Instruments). Alternatively, EFSF may establish information memoranda (the "**Information Memoranda**") for the purpose of issuing Funding Instruments (which would not be prospectuses for the purposes of the Prospectus Directive 2003/71/EC). Any Base Prospectus, Final Terms, prospectus, Information Memorandum or related materials relating to the placement or syndication of Funding Instruments shall be referred to as "**Offering Materials**". It shall also enter into relevant contractual documentation relating to such Funding Instruments.
- (2) EFSF shall devise standard terms and conditions for the Funding Instruments issued or entered into by EFSF. These may include provisions for the calling of Guarantees either by EFSF if it anticipates a shortfall prior to a scheduled payment date or by the relevant Noteholder Representative (if EFSF has failed to make a scheduled payment of interest or principal under a Funding Instrument when due). The standard terms and conditions shall clarify that there is no acceleration of Funding Instruments in the event that the Financial Assistance financed by such Funding Instruments are accelerated or pre-paid for whatever reason.
- (3) In connection with the structuring and negotiation of Funding Instruments on a stand-alone basis or under EFSF Programme(s) EFSF may:
 - (a) appoint, liaise and negotiate with arranging banks, lead managers and book-runners;
 - (b) appoint, liaise and negotiate with rating agencies and rating agency advisers and supply them with such data and documentation and make such presentations as necessary to obtain requisite ratings;

- (c) appoint, liaise and negotiate with paying agents, listing agents, Noteholder Representative, lawyers and other professional advisers;
 - (d) appoint, liaise and negotiate with common depositaries and clearing systems such as Euroclear and/or Clearstream for the settlement of Funding Instruments;
 - (e) attend investor presentations and road shows to assist in the placement or syndication of Funding Instruments pursuant to the EFSF Programme(s);
 - (f) negotiate, execute and sign all legal documentation related to the Funding Instruments and any EFSF Programme(s); and
 - (g) generally do such other things necessary for the successful structuring and implementation of the EFSF Programme(s) and the issuance of or entry into Funding Instruments.
- (4) EFSF shall, subject to market conditions and the terms of this Article 4, fund Financial Assistance by the issuance of or entry into Funding Instruments on a matched-funding basis such that the Funding Instruments financing a Financial Assistance have substantially the same financial profile as to amount, time of issue, currency, repayment profile, final maturity and interest basis, provided that, to the extent feasible, the scheduled payment dates for Financial Assistance shall be at least fourteen (14) Business Days prior to the scheduled payment dates under the related Funding Instruments to permit processing of payments.
- (5) If, due to market condition or the volume of Funding Instruments to be issued or entered into by EFSF under the EFSF Programme(s) it is not practicable or feasible to issue or enter into Funding Instruments on a strict matched-funding basis, EFSF may request the Guarantors to permit EFSF certain flexibilities as to funding such that its funding is not matched to the Financial Assistance it makes, in particular as to (a) currency of Funding Instruments, (b) timing for the issue or entry into of Funding Instruments, (c) interest rate bases and/or (d) maturity and repayment profile of the Funding Instruments to be issued or entered into (including the possibility of issuing short term debt instruments, commercial paper or other financing arrangements supported by Guarantees) and (e) the possibility of pre-funding of Financial Assistance under Financial Assistance Facility Agreements. The Guarantors, acting unanimously, may permit EFSF to use a degree of funding flexibility and shall specify within which parameters and limits EFSF may adopt a non-matched funding strategy (a "**Diversified Funding Strategy**").
- (6) Given that a Diversified Funding Strategy would require the management of transformation and basis risks, in the event that a Diversified Funding Strategy is authorised in relation to EFSF it may delegate the management of such funding activities, related asset and liability management activities and the conclusion of any related currency, interest rate or maturity mis-match hedging instruments to one or more debt management agencies of euro-area Member State or such other agencies or institutions as are approved unanimously by the Guarantors which shall be entitled to be compensated at

an arm's length commercial rate for the provision of such services which remuneration shall constitute an operating cost for EFSF.

5. CREDIT ENHANCEMENT, LIQUIDITY AND TREASURY

- (1) The credit enhancement for the EFSF Programme shall include the following elements:
 - (a) the Guarantees and, in particular, the fact that the participation of each Guarantor in issuing Guarantees shall be made on the basis of the Adjusted Contribution Key Percentage and that the Guarantee issued by each Guarantor is for an Over-Guarantee Percentage of up to 165% (as required to ensure the highest credit worthiness for Funding Instruments issued or entered into by EFSF on the date of issue) in respect of Funding Instruments issued or entered into after the Effective Date of the Amendments of its Adjusted Contribution Key Percentage of the amounts of the relevant Funding Instruments;
 - (b) the Cash Reserve (retained in respect of Financial Assistance disbursed prior to the Effective Date of the Amendments) shall act as a cash buffer. The Cash Reserve shall, pending its use, be invested in high quality liquid debt instruments. Upon repayment of all Financial Assistance made by EFSF and Funding Instruments issued by EFSF, the balance of the Cash Reserve shall be used firstly to repay any amounts paid by Guarantors which have not been repaid out of recoveries from the relevant underlying Beneficiary Member States and secondly, shall be paid to the Guarantors as consideration for their issuance of Guarantees under this Agreement as described in Article 2(10); and
 - (c) such other credit enhancement mechanisms as may be approved under this Article 5.
- (2) In the event that there is a delay or failure to pay by a Beneficiary Member State of a payment under a Financial Assistance and accordingly there is a shortfall in funds available to meet a scheduled payment of interest or principal under a Funding Instrument issued by EFSF then EFSF shall:
 - (a) first, make a demand on a *pro rata, pari passu* basis on the Guarantors which have guaranteed such Funding Instrument up to the applicable Over-Guarantee Percentage of their respective Adjusted Contribution Key Percentage of the amount due but unpaid;
 - (b) second, if the steps taken in Article 5(2)(a) do not fully cover the shortfall, to release an amount from the Cash Reserve (provided that EFSF may not use any amounts credited to the Cash Reserve prior to the Effective Date of the Amendments to cover shortfalls arising in respect of Financial Assistance Facility Agreements entered into after such date) to cover such shortfall; and
 - (c) third, take such other steps as may be available in the event that additional credit enhancement mechanisms have been approved under Article 5(3).
- (3) The euro-area Member States may by unanimous decision approve and adopt such other credit enhancement mechanisms as they consider appropriate or,

as the case may be, modify the existing credit enhancement mechanisms in order to enhance or to maintain the creditworthiness of the Funding Instruments issued or contracted by EFSF or to enhance the efficiency of funding of EFSF. Such other credit enhancement measures might include, amongst other techniques, the provision of subordinated loans, warehousing arrangements, liquidity lines or backstop facilities to EFSF or the issuance by EFSF of subordinated notes and/or the adoption of available credit enhancement mechanisms used by EFSF in relation to Financial Assistance disbursed prior to the Effective Date of the Amendments.

- (4) If a Guarantor has failed to make a payment which is due and payable in respect of a Guarantee and, as a consequence EFSF makes a withdrawal from the Cash Reserve to cover the shortfall pursuant to Article 5(2)(b) then such Guarantor shall reimburse such amount to EFSF on first written demand together with interest on such amount at a rate equal to one month EURIBOR plus 500 basis points from the date the amount is withdrawn from the Cash Reserve to the date such Guarantor reimburses such amount to EFSF together with such accrued interest. EFSF shall apply such reimbursed amounts (and the interest accrued thereon) to replenish the Cash Reserve.
- (5) In order to facilitate the availability of adequate liquidity for the funding needs of EFSF:
 - (a) each euro-area Member State will ensure that EFSF will be eligible for receiving a counterparty limit for cash management operations of the debt management operations of the debt management agency of such euro-area Member State; and
 - (b) each euro-area Member State shall co-operate to assist EFSF to ensure that its Funding Instruments comply with applicable criteria to be eligible as collateral in Eurosystem operations.
- (6) In order to minimise any negative-carry costs in the event of any Diversified Funding Strategy EFSF shall be entitled to make deposits or other placements which, in accordance with the investment strategy agreed by the board of directors of EFSF, minimise the risk of a funding mis-match or negative-carry costs.
- (7) In respect of Financial Assistance disbursed after the Effective Date of the Amendments:
 - (a) the Beneficiary Member States shall cover Issuance Costs (as described in Article 2(9));
 - (b) EFSF shall cover costs and expenses incurred in relation to a Financial Assistance Facility Agreement out of the Cash Reserve; Provided that, EFSF may not use any of the Cash Reserve established prior to the Effective Date of the Amendments to cover costs or expenses incurred in relation to Financial Assistance Facility Agreements entered into after such date unless the Cash Reserve is no longer required to serve as credit enhancement.

- (c) This Article 5(7) shall be without prejudice to any undertaking of the Beneficiary Member State under the Financial Assistance Facility Agreement to cover costs and expenses of EFSF.
- (8) The euro-area Member States may, by a decision made pursuant to Article 10(6), agree that EFSF may use part of the sums credited to the Cash Reserve under Article 2(9) to cover the general non-loan specific operating expenses or exceptional costs of EFSF. Provided that, EFSF may not release any Prepaid Margin which has been credited to the Cash Reserve to constitute credit enhancement prior to the Effective Date of the Amendments to cover such operating or exceptional costs so long as such portion of the Cash Reserve is needed to constitute credit enhancement.
- (9) It is acknowledged and agreed that the provision of Article 5(7) and 5(8) are without prejudice to the general budgetary procedures of EFSF.

6. CLAIMS UNDER A GUARANTEE

- (1) If EFSF becomes aware that it has not received in full a scheduled payment under a Financial Assistance and such shortfall will give rise to a shortfall in available funds to make a scheduled payment of principal or interest under Funding Instruments issued by EFSF or scheduled payment due from EFSF under any other instrument or agreement which benefits from a Guarantee issued under this Agreement, it shall immediately notify in writing the Chairman of the Eurogroup Working Group, the Commission and each Guarantor and inform each Guarantor of its share of the shortfall under the terms of this Agreement and the relevant Guarantee and demand in writing each Guarantor to remit to EFSF its share of such shortfall on the date (the "**Guarantee Payment Date**") which is at least two (2) Business Days prior to the scheduled date for payment of the relevant amounts by EFSF (an "**EFSF Guarantee Demand**").
- (2) Each Guarantor shall remit to EFSF (or, if so specified in the relevant documentation, to the paying agent of the relevant Funding Instrument) its share of the amount demanded in the EFSF Guarantee Demand addressed to it by EFSF in cleared funds on the Guarantee Payment Date.
- (3) In the event that EFSF fails to pay a scheduled payment of interest or a scheduled payment of principal on a date when such amount is due and payable under a Funding Instrument issued by EFSF then the relevant Noteholder Representative shall be entitled to demand in writing (a "**Noteholder Representative Guarantee Demand**") the Guarantors (with a copy to EFSF) to pay the unpaid amount of such scheduled payment of interest and/or such scheduled payment of principal. Similarly, in the event of a failure by EFSF to pay a scheduled payment under any other instrument or agreement entered into between EFSF and a counterparty (a "**Counterparty**") which benefits from a Guarantee issued under this Agreement (which has been issued for a purpose closely-linked to an issue of Funding Instruments pursuant to Article 2(3)) the relevant Counterparty shall be entitled to demand in writing (a "**Counterparty Guarantee Demand**")

the Guarantors (with a copy to EFSF) the unpaid amount of such scheduled payment. In the event of receipt by the Guarantors and EFSF of a Noteholder Representative Guarantee Demand or a Counterparty Guarantee Demand each Guarantor shall in accordance with the terms of its Guarantee remit in cleared funds its share of the amount duly demanded in such Noteholder Representative Guarantee Demand or, as the case may be such Counterparty Guarantee Demand. The detailed payment mechanics for co-ordinating payments under the Guarantees shall be set out in the documentation for the issue of Funding Instruments and the related Guarantees.

- (4) In the event that a shortfall of receipts in respect of a Financial Assistance gives rise both to an EFSF Guarantee Demand and a Noteholder Representative Guarantee Demand (or Counterparty Guarantee Demand) the relevant Guarantors shall only be liable to make one payment under their respective Guarantees, without double counting.
- (5) The Parties acknowledge and agree that each Guarantor shall be entitled to make payment in respect of any EFSF Guarantee Demand, Noteholder Representative Guarantee Demand or Counterparty Guarantee Demand which appears to be valid on its face without any reference by it to EFSF or any other Party or any other investigation or enquiry. EFSF irrevocably authorises each Guarantor to comply with any Guarantee Demand.
- (6) EFSF and each of the other Parties acknowledges and agrees that each Guarantor:
 - (i) is not obliged to carry out any investigation or seek any confirmation prior to paying a claim;
 - (ii) is not concerned with:
 - (1) the legality of a claim or any underlying transaction or any set-off, defence or counterclaim which may be available to any person;
 - (2) any amendment to any underlying document; or
 - (3) any unenforceability, illegality or invalidity of any document or security.
- (7) EFSF shall be liable to reimburse each Guarantor in respect of any claim paid in respect of a Guarantee and shall indemnify each Guarantor in respect of any loss or liability incurred by a Guarantor in respect of a Guarantee. EFSF's reimbursement obligation is subject to and limited to the extent of funds actually received from the underlying Beneficiary Member States or otherwise recovered by EFSF in respect of the Financial Assistance which gave rise to a shortfall of funds.
- (8) In addition to the reimbursement obligation of EFSF under Article 6(5), if a Guarantor makes a payment under its Guarantee, EFSF shall assign and transfer to the relevant Guarantor an amount of EFSF's rights and interests under the relevant Financial Assistance corresponding to the shortfall in payments made by the Beneficiary Member State and the related payment

made by the Guarantor under the Guarantee. EFSF shall remain servicer of such portion of the Financial Assistance which has been assigned and transferred to the relevant Guarantor so as to facilitate the co-ordinated management of the Financial Assistance and the treatment of all Guarantors on a *pari passu* basis.

- (9) All Guarantors shall rank equally and *pari passu* amongst themselves, in particular in respect of reimbursement of amounts paid by them under their Guarantees provided that, if a Guarantor owes sums to EFSF pursuant to Article 5(4) or sums to the other Guarantors pursuant to Article 7(1), sums recovered from underlying Beneficiary Member States which would otherwise be due from EFSF to such Guarantor shall be applied to repaying the amount due under 5(4) or paying the amount due to other Guarantors under Article 7(1) in priority to being applied to reimburse such Guarantor.

7. CONTRIBUTION BETWEEN GUARANTORS

- (1) (a) If a Guarantor meets claims or demands in respect of any Guarantee it has issued or incurs costs, losses, expenses or liabilities in connection therewith ("**Guarantee Liabilities**"), and the aggregate amount of Guarantee Liabilities it makes or incurs exceeds its Required Proportion for the given Guarantee then it shall be entitled to be indemnified and receive contribution, upon first written demand, from the other Guarantors, in respect of such Guarantee Liabilities such that each Guarantor ultimately bears only its Required Proportion of such aggregate Guarantee Liabilities, provided that if the aggregate Guarantee Liabilities of any Guarantor in respect of any Guarantee is not reduced to its Required Proportion within three (3) Business Days, the other Guarantors (excluding Stepping-Out Guarantors) shall indemnify such Guarantor in an amount such that the excess over the Required Portion is allocated to each of the Guarantors (excluding Stepping-Out Guarantors) on a *pro rata* basis. The "**Required Proportion**" is equal to the Adjusted Contribution Key Percentage applicable to the relevant Guarantee as it applies to the relevant guaranteed obligation of EFSF. For the avoidance of doubt, in respect of the Republic of Estonia, it is only required to make or to receive contributions under this Article 7 in respect of Funding Instruments issued or entered into after the Effective Date of the Amendments. Any indemnity or contribution payment from one Guarantor to another under this Article 7 shall bear interest at a rate equal to one month EURIBOR plus 500 basis points which shall accrue from the date of demand of such payment to the date such payment is received by such Guarantor.

(b) The provisions of this Article 7 shall apply *mutatis mutandis* if a euro-area Member State issues any Guarantees according to an Adjusted Contribution Key Percentage in excess of that which would apply to it once 100% Total Guarantee Commitments have been obtained provided that the term "Guarantor" shall include any euro-area Member State which has not yet provided its Commitment Confirmation prior to EFSF issuing or entering into the relevant Funding Instrument.

- (2) The obligations of each Guarantor to make contributions or indemnity payments under this Article are continuing obligations which extend to the ultimate balance of sums due regardless of any intermediate payment or discharge in whole or in part.
- (3) The indemnity and contribution obligations of any Guarantor under this Article will not be affected by any act, omission, matter or thing which, but for this Article, would reduce, release or prejudice any of its obligations under this Article (without limitation and whether or not known to it or any other person) including:
 - (i) any time, waiver or consent granted to, or composition with, any person;
 - (ii) the release of any person under the terms of any composition or arrangement;
 - (iii) the taking, variation, compromise, exchange, renewal or release of, or refusal or neglect to perfect, take up or enforce, any rights against, or security over assets of, any person; or any non-presentation or non-observance of any formality or other requirement in respect of any instrument or any failure to realise the full value of any security;
 - (iv) any incapacity or lack of power, authority or legal personality of or dissolution or change in the members or status of any person;
 - (v) any amendment (however fundamental) or replacement of any Financial Assistance Facility Agreement, Financial Assistance or any document or security;
 - (vi) any unenforceability, illegality or invalidity of any obligation of any person under any document or security; or
 - (vii) any insolvency or similar proceedings.

8. CALCULATIONS AND ADJUSTMENT OF THE GUARANTEES

- (1) The Parties agree that EFSF may appoint EIB (or such other agency, institution, EU institution or financial institution as is approved unanimously by the Guarantors) with the task of making the calculations for the purposes of this Agreement, each Financial Assistance Facility Agreement, the financing of EFSF by issuing or entering into Funding Instruments (or otherwise) and the Guarantees. If EIB (or such other agency, institution, EU institution or financial institution) accepts such appointment, it shall calculate the interest rate for each Financial Assistance in accordance with the terms of the relevant Financial Assistance Facility Agreement, calculate the amounts payable on each interest payment date and notify the relevant Beneficiary Member State and EFSF thereof and make all such other calculations and notifications as are necessary for the purposes of this Agreement, the Guarantees and the Funding Instruments.
- (2) In the event that a Guarantor experiences severe financial difficulties and requests a stability support loan or benefits from financial support under a similar programme, it (the "**Stepping-Out Guarantor**") may request the other Guarantors to suspend its commitment to provide further Guarantees under this Agreement. The remaining Guarantors, acting unanimously and meeting via the Eurogroup Working Group may decide to accept such a request and in this event, the Stepping-Out Guarantor shall not be required to issue its Guarantee or incur any new liabilities as Guarantor in respect of any further issues of or entry into Funding Instruments by EFSF and any further Guarantees to be issued under this Agreement or any new liabilities to be incurred as Guarantor shall be issued and/or incurred by the remaining Guarantors and the Adjusted Contribution Key Percentage for the issuance of further Guarantees or incurrence of any new liabilities as Guarantor shall be adjusted accordingly. Such adjustments shall not affect the liability of the Stepping-Out Guarantor under existing Guarantees. It is acknowledged and agreed that the Hellenic Republic is deemed to be a Stepping-Out Guarantor with effect from the entry into force of this Agreement, Ireland became a Stepping-Out Guarantor with effect from 3 December 2010 and Portugal, with effect from 16 May 2011.

9. BREACH OF OBLIGATIONS UNDER A ~~LOAN~~ FINANCIAL ASSISTANCE FACILITY AGREEMENT AND AMENDMENTS AND/OR WAIVERS

- (1) If EFSF becomes aware of a breach of an obligation under a Financial Assistance Facility Agreement, it shall promptly inform the Guarantors (through the Eurogroup Working Group Chairman), the Commission and the ECB about this situation and shall propose how to react to it. The Euro Working Group Chairman will coordinate the position of the Guarantors and will inform EFSF, the Commission and the ECB of the decision taken. EFSF will thereafter implement the decision in accordance with the relevant Financial Assistance Facility Agreement.

- (2) If EFSF becomes aware of a situation where amendments, a restructuring and/or waivers relating to any Financial Assistance made under a Financial Assistance Facility Agreement may become necessary, it shall inform the Guarantors through the Eurogroup Working Group Chairman, the Commission and the ECB about this situation and shall propose how to react to it. The Eurogroup Working Group Chairman will coordinate the position of the Guarantors and will inform EFSF, the Commission and the ECB of the decision taken. EFSF will thereafter implement the decision and, following instructions of the Guarantors, negotiate and sign a corresponding amendment, a restructuring or waiver or a new loan agreement with the relevant Beneficiary Member State or any other arrangement needed.
- (3) In other cases than those referred to in Article 9(1) and 9(2), if EFSF becomes aware of a situation where there is a need for the Guarantors to express an opinion or take an action in relation to a Financial Assistance Facility Agreement, it shall inform the Guarantors through the Eurogroup Working Group Chairman about this situation, and shall propose how to react to it. The Eurogroup Working Group Chairman will coordinate the position of the Guarantors and will inform EFSF, the Commission and the ECB of the decision taken. EFSF will thereafter implement the decision taken in whichever form is needed.
- (4) In the event that the euro-area Member States consent to the modification of any MoU entered into with a Beneficiary Member State, the Commission shall be authorised to sign the amendment(s) to such MoU on behalf of the euro-area Member States.

10. EFSF, INTER-GUARANTOR DECISIONS, DIRECTORS AND GOVERNANCE

- (1) EFSF shall have a board of directors consisting of as many directors as there are EFSF Shareholders. Each EFSF Shareholder shall be entitled to propose for nomination one person to act as a director of EFSF and the other EFSF Shareholders hereby irrevocably undertake that they shall use their votes as shareholders of EFSF in the relevant general meetings to approve as a director the person proposed by such euro-area Member State. They shall equally use their votes as EFSF Shareholders to remove a person as director of EFSF if this is so requested by the euro-area Member State which proposed such director for nomination.
- (2) Each EFSF Shareholder shall propose for nomination to the board of directors of EFSF its representative in the Eurogroup Working Group from time to time (or such person's alternate as representative on such group). The Commission and ECB shall each be entitled to appoint an observer who may take part in the meetings of the board of directors and may present its observations, without however having the power to vote. The board of directors may permit other institutions of the European Union to appoint such observers.

- (3) In the event of a vacancy of a member of the board of directors each euro-area Member State shall ensure that the member of the Board nominated upon its proposal approves as a replacement director the person proposed for nomination by the relevant euro-area Member State which does not have a director nominated upon its proposal.
- (4) The euro-area Member States acknowledge and agree that, in the event of a vote of the board of directors of EFSF, each director which has been proposed for nomination by a euro-area Member State shall have a weighted number of the total number of votes which corresponds to the number of shares which his/her nominating euro-area Member State holds in the issued share capital of EFSF.
- (5) The Guarantors agree that the following matters affecting their roles and liabilities as Guarantors shall require to be approved by them on a unanimous basis:
 - (a) decisions in relation to the grant of a Financial Assistance Facility Agreement to a euro-area Member State including the approval of the relevant MoU and Financial Assistance Facility Agreement, any decisions to change the pricing structure applicable to Financial Assistance Facility Agreements, and any decisions to include in a Financial Assistance Facility Agreement the faculty of providing Financial Assistance, by way of the purchase of bonds in the primary markets or the purchase of bonds in the secondary markets based on an ECB analysis recognising the existence of exceptional financial market circumstances and risk to financial stability;
 - (b) decisions regarding the disbursement of Financial Assistance under an existing Financial Assistance Facility Agreement in particular as to whether conditionality criteria for a disbursement are satisfied. For secondary market purchases, the Financial Assistance Facility Agreement for the purchase of bonds in the secondary market adopted on the basis of Article 10(5)(a) may provide for alternative procedures for the technical implementation of individual bond purchases under such Financial Assistance Facility Agreement, in line with guidelines referred to in Article 2(1)(b);
 - (c) any modification to this Agreement including as to the availability period to grant Financial Assistance Facility Agreements;
 - (d) any modification to the following terms of any Financial Assistance Facility Agreement: aggregate principal amount of a Financial Assistance Facility Agreement, availability period, repayment profile or interest rate of any outstanding Financial Assistance;
 - (e) the terms of the EFSF Programme, the programme size and the approval of any Offering Materials;
 - (f) any decision to permit an existing Guarantor to cease to issue further guarantees;

- (g) significant changes to the credit enhancement structure;
- (h) the funding strategy of each EFSF Programme and any decision to permit a Diversified Funding Strategy (including the manner in which EFSF allocates its operating costs and the funding costs of Funding Instruments to Financial Assistance and Financial Assistance Facility Agreements if a Diversified Funding Strategy is adopted);
- (i) any increase in the aggregate amount of Guarantees which might be issued under this Agreement;
- (j) any transfer of rights, obligations and/or liabilities of EFSF to ESM pursuant to Article 13(10); and
- (k) the adoption and the amendment of any Guideline referred to in Article 2(1)(b) or 2(1)(c) .

For the purpose of this Article 10(5) and any other provision of this Agreement which requires a unanimous decision of the Guarantors, unanimity means a positive or negative vote of all those Guarantors which are present and participate (by voting positively or negatively) in the relevant decision (ignoring any abstentions or absences) provided that any Guarantor which is no longer issuing new Guarantees (in particular, the Stepping-Out Guarantors) shall not be entitled to vote on any decision to make a new Financial Assistance Facility Agreement, a new Financial Assistance or a new issuance of Funding Instruments which are not guaranteed by it provided that it shall continue to have the right to vote on decisions in relation to Financial Assistance or Funding Instruments in respect of which it has issued a Guarantee which remains outstanding. It is a condition precedent to the validity of any such vote that a quorum of a majority of Guarantors able to vote whose Guarantee Commitments represent no less than 2/3 of the Total Guaranteed Commitments are present at the meeting.

- (6) The Guarantors agree that all matters which are not reserved to unanimity decision of the Guarantors pursuant to Article 10(5) (above) or unanimity decision of the euro-area Member States pursuant to Article 10(7) (below) and, in particular, the following matters affecting their roles and liabilities as Guarantors shall be decided by a majority of Guarantors (excluding however the Stepping-Out Guarantors) (i) whose Guarantee Commitments represent 2/3 of the Total Guarantee Commitments (in the event that no Guarantees have been issued) or (ii) if Guarantees have been issued, 2/3 of the aggregate maximum face amount of Guarantees which have been issued and remain outstanding provided that, in calculating the satisfaction of this threshold the face amount of Guarantees of a Guarantor which is a Stepped-Out Obligor or which has failed to pay under a Guarantee shall not be taken into account (a "**2/3 Majority**"):
 - (a) all decisions in relation to existing Financial Assistance Facility Agreements or Financial Assistance which are not specifically reserved to unanimity pursuant to Article 10(5) including decisions on breaches, waivers,

restructurings and whether to declare defaults in relation to Financial Assistance Facility Agreements or Financial Assistance;

- (b) issuances under an existing EFSF Programme (which programme has been approved unanimously by the Guarantors);
- (c) operational matters in relation to debt issuance (including appointment of arrangers, lead managers, rating agents, trustees etc);
- (d) detailed implementation of an approved Diversified Funding Strategy; and
- (e) detailed implementation of any additional credit enhancement approved pursuant to Article 10(5).

The proviso to Article 10(5) relating to euro-area Member States which no longer issue new Guarantees and/or are Stepping-Out Guarantors shall apply to votes on decisions within the scope of this Article 10(6).

- (7) The following corporate matters in relation to EFSF shall require the unanimous decision of all euro-area Member States:
 - increases in authorized and/or issued and paid-up share capital;
 - increase in the level of commitments to subscribe for share capital;
 - reductions in share capital;
 - dividends;
 - employment of the CEO of the EFSF;
 - approving accounts;
 - prolonging duration of company;
 - liquidation;
 - changes to the Articles of Association;
 - any other matter not specifically dealt with in the Articles of Association or in this Agreement.
- (8) The Guarantors or the euro-area Member States (as the case may be) shall take the decisions affecting the Guarantors and EFSF contemplated by Articles 10(5), (6) and (7) at meetings within the framework of the Eurogroup with the possibility to delegate the decision-making to the Eurogroup Working Group. All their decisions shall be communicated in writing by the Eurogroup Working Group Chairman to EFSF. For such decision-making, the Commission provides input on matters relating, in particular, to the MoU and the terms and conditions of the Financial Assistance Facility Agreements and

other policy issues. The EFSF shall provide input relating, in particular, to the implementation of the Financial Assistance Facility Agreements, the issue of or entry into Financial Instruments and its general corporate matters.

- (9) Each euro-area Member State hereby undertakes to the other euro-area Member States that it shall vote as shareholder of EFSF consistently with the decisions taken by the requisite majority of Guarantors or euro-area Member States (as the case may be) within the framework of such Eurogroup meetings and that it shall ensure that the director which has been proposed for nomination to the board of EFSF by it acts consistently with such decisions.
- (10) Any decisions by the euro-area Member States to approve any MoU relating to a Financial Assistance Facility Agreement and Beneficiary Member State and regarding any proposed modification to an MoU shall be taken by them acting unanimously.
- (11) Euro-area Member States may, to the extent permissible under their national laws, provide indemnities to the persons proposed by them to be nominated as directors of EFSF.
- (12) In the event that euro-area Member States agree unanimously to increase the issued paid-up capital of EFSF, each euro-area Member State shall subscribe and pay in full a percentage of such increase in paid up capital equal to its Contribution Key percentage of such increase in paid-up capital on or prior to the date specified by EFSF.
- (13) Matters referred to decisions by euro-area Member State or Guarantors under this Agreement shall be decided as soon as reasonably practicable and necessary. In due course, operational guidelines may be adopted which may set out timelines for decisions to be taken in relation to this Agreement.

11. TERM AND LIQUIDATION OF EFSF

- (1) This Agreement shall remain in full force and effect so long as there are amounts outstanding under any Financial Assistance Facility Agreements or Funding Instruments issued by EFSF under an EFSF Programme or under any reimbursement amounts due to Guarantors.
- (2) The euro-area Member States undertake that they shall liquidate EFSF in accordance with its Articles of Association on the earliest date after 30 June 2013 on which there are no longer Financial Assistance outstanding to a euro-area Member State and all Funding Instruments issued by EFSF and any reimbursement amounts due to Guarantors have been repaid in full.
- (3) In the event that there are any residual liabilities of EFSF on its liquidation the euro-area Member States shall in a final meeting of shareholders decide on what basis these may be divided between the euro-area Member States.

- (4) In the event there is a surplus on liquidation of EFSF it shall be distributed to its shareholders on a *pro rata* basis calculated by reference to their participation in the share capital of EFSF.

Prior to the determination of whether there is such a surplus:

- (a) the credit balance of the Cash Reserve shall be paid to the Guarantors as described in Article 2(10); and
- (b) any operating profit or surplus derived by EFSF which results from its issuance of Funding Instruments guaranteed by the Guarantors shall be paid as additional remuneration to the Guarantors by reference to their respective Adjusted Contribution Key Percentage.

12. APPOINTMENT OF EIB, ECB, OUTSOURCING AND DELEGATION

- (1) EFSF may appoint EIB (or such other agencies, institution, EU institution, financial institution or other persons as is approved unanimously by the euro-area Member States) for the purpose of:
 - (a) managing the receipt of funds from investors following the issue of bonds or securities under an EFSF Programme, the management of the transmission of these funds to Beneficiary Member States in the form of Financial Assistance and the receipt of funds from Beneficiary Member States and the application of such funds to meet scheduled payments of principal and interest under the bonds and debt securities and, following the making of payments under a Guarantee, the management of funds received from Beneficiary Member States and the distribution of reimbursement amounts to the Guarantors;
 - (b) the related management of the treasury of EFSF including in particular the Cash Reserve and any funds received by way of early repayment or prepayment of Financial Assistance pending the application of such funds to repay Funding Instruments;
 - (c) such other related cash and treasury management tasks as may be delegated from time to time;
 - (d) providing legal services, accounting services, human resources services, facilities management, procurement services, internal audit and such other services as require outsourcing and/or logistical support.

These appointments may be effected pursuant to a Service Level Contract between EFSF and EIB (or the relevant agency or institution).

- (2) EFSF may contract the ECB to act as its paying agent. EFSF may appoint ECB (or another agency, institution, EU institution, financial institution or other persons approved unanimously by the Guarantors) to maintain its bank and securities accounts.

- (3) EFSF shall, in the event of the adoption of a Diversified Funding Strategy and subject to the unanimous approval of the Guarantors (other than Stepping-Out Guarantors), be entitled to and may delegate asset and liability management functions and the other activities and functions described in Article 4(6) to one or more debt management agencies of a euro-area Member State or such other agencies, institutions, EU institutions or financial institutions as are approved unanimously by the Guarantors.
- (4) EFSF shall be entitled to delegate and/or outsource on arm's length commercial terms to any agency, institution, EU institution, financial institution or other persons such other functions as its board of directors consider desirable for the efficient discharge of its functions.

13. ADMINISTRATIVE PROVISIONS

- (1) The operating and out-of-pocket costs of EFSF shall be paid by EFSF out of its general revenues and resources. Fees and expenses directly related to funding may be re-invoiced to the relevant Beneficiary Member States (as appropriate).
- (2) Upon the incorporation of EFSF it shall assume full responsibility for all costs and expenses incurred in its setting-up and incorporation. In addition, it shall assume all liabilities and obligations (including indemnity obligations) under contracts and arrangements entered into on its behalf and for its benefit (whether by a shareholder or a third party) prior to its incorporation.
- (3) EFSF shall report to the euro-area Member States and the Commission on the outstanding claims and liabilities under the Financial Assistance Facility Agreements, EFSF Funding Instrument issues and the Guarantees on a quarterly basis.
- (4) EFSF will report to the Guarantors and request instructions from the Eurogroup Working Group Chairman regarding unsettled claims and liabilities or any other issues that may arise under this Agreement or in connection with any Guarantee.
- (5) The Parties shall not assign or transfer any of their rights or obligations under this Agreement without the prior written consent of all the other Parties to this Agreement.
- (6)(a) The euro-area Member States hereby agree that the shares they hold in EFSF cannot be transferred by any EFSF Shareholder during a period of 10 (ten) years from the date of acquisition of the shares by the relevant EFSF Shareholder except with the unanimous consent of all EFSF Shareholders. Such restriction does not apply to (i) the initial transfer by the sole founding shareholder (if any) to the other euro-area Member States and (ii) proportionate transfers by each EFSF Shareholder to any new euro-area

Member State which adopts the Euro as its currency after the incorporation of the Company.

- (b) In the event that a euro-area Member State wishes to dispose of its shares in EFSF after expiry of the lock-up period in Article 6.4 of the Articles of Association of EFSF, it shall offer such shares to be purchased by the other shareholders of EFSF on a *pro rata* basis to their shareholdings in EFSF. Any shares which are not purchased by a shareholder to whom they are offered may be offered to and acquired by any other EFSF Shareholder. If no EFSF Shareholder wishes to purchase such shares then, to the extent it has funds available for this purpose, EFSF may acquire such shares at their fair market value.
- (7) In the event that a new country becomes a euro-area Member State, the Parties hereto shall permit such new euro-area Member State to become a shareholder of EFSF by receiving a transfer of shares from other shareholders of EFSF such that its aggregate percentage holding of shares in EFSF corresponds with its Contribution Key and to adhere to the terms of this Agreement. The Parties shall negotiate in good faith as to the basis upon which such new adhering euro-area Member State shall accede to this Agreement.
- (8) In the event that one euro-area Member State incorporates EFSF, it shall promptly upon execution and entry into force of this Agreement transfer shares to the other euro-area Member States such that their respective percentage holdings of shares in EFSF corresponds with their respective Contribution Keys.
- (9) The terms:
- "**Business Day**" means a day on which Target 2 is open for settlement of payments in Euro.
 - "**Target 2**" means the Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer payment system which utilises a single shared platform and which was launched on 19 November 2007.
 - The terms "**Financial Assistance Facility Agreement**" and "**Financial Assistance**" shall apply respectively to "**Loan Facility Agreements**" and "**Loans**" entered into or disbursed by EFSF prior to the Effective Date of the Amendments.
- (10) Following the constitution of the European Stability Mechanism (the "**ESM**"), EFSF may, with the approval of a decision of the euro-area Member States acting with unanimity and after obtaining any requisite consents of investors in Funding Instruments, transfer all and any of its rights, obligations and liabilities, including under Financial Instruments, Financial Assistance Facility Agreements and/or Financial Assistance, to ESM.

14. COMMUNICATIONS

All notices in relation to this Agreement shall be validly given if in writing and sent to the addresses and contact details to be set out in the operating guidelines which shall be adopted by the Parties for the purpose of this Agreement.

15. MISCELLANEOUS

- (1) If any one or more of the provisions contained in this Agreement should be or become fully or in part invalid, illegal or unenforceable in any respect under any applicable law, the validity, legality and enforceability of the remaining provisions contained in this Agreement shall not be affected or impaired thereby. Provisions which are fully or in part invalid, illegal or unenforceable shall be interpreted and thus implemented according to the spirit and purpose of this Agreement.
- (2) The Preamble to this Agreement forms an integral part of this Agreement.
- (3) Each of the Parties hereby irrevocably and unconditionally waives all immunity to which it is or may become entitled, in respect of itself or its assets or revenues, from legal proceedings in relation to this Agreement, including, without limitation, immunity from suit, judgment or other order, from attachment, arrest, detention or injunction prior to judgment, and from any form of execution and enforcement against it, its assets or revenues after judgment to the extent not prohibited by mandatory law.
- (4) A person who is not a party to this Agreement shall not be entitled under the Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999 to enforce or enjoy the benefit of any term of this Agreement.
- (5) This Agreement may be amended by the Parties in writing.

16. GOVERNING LAW AND JURISDICTION

- (1) This Agreement and any non-contractual obligations arising out of or in connection with it shall be governed by and shall be construed in accordance with English law.
- (2) Any dispute arising from or in the context of this Agreement shall be settled amicably. In the absence of such amicable agreement, the euro-area Member States agree that to the extent it constitutes a dispute between them only, it shall be submitted to the exclusive jurisdiction of the Court of Justice of the European Union. To the extent there is a dispute between one or more euro-area Member States and EFSF, the Parties agree to submit the dispute to the exclusive jurisdiction of the Courts of the Grand Duchy of Luxembourg.

17. EXECUTION OF THE AGREEMENT

This Agreement may be executed in any number of counterparts signed by one or more of the Parties. The counterparts each form an integral part of the original Agreement and the signature of the counterparts shall have the same effect as if the signatures on the counterparts were on a single copy of the Agreement.

EFSF is authorised to promptly after the signature of this Agreement supply conformed copies of the Agreement to each of the Parties.

18. ANNEXES

The Annexes to this Agreement shall constitute an integral part thereof:

1. List of Guarantors with their respective Guarantee Commitments;
2. Contribution Key; and
3. Template Commitment Confirmation.

For the euro-area Member States,

Kingdom of Belgium

Represented by:

Federal Republic of Germany

Represented by:

Republic of Estonia

Represented by:

Ireland

Represented by:

Hellenic Republic

Represented by:

Kingdom of Spain

Represented by:

French Republic

Represented by:

Italian Republic

Represented by:

Republic of Cyprus

Represented by:

Grand Duchy of Luxembourg

Represented by:

Republic of Malta

Represented by:

Kingdom of the Netherlands

Represented by:

Republic of Austria

Represented by:

Portuguese Republic

Represented by:

Republic of Slovenia

Represented by:

Slovak Republic

Represented by:

Republic of Finland

Represented by:

For the EFSF

EUROPEAN FINANCIAL STABILITY FACILITY

Represented by:

ANNEX 1
LIST OF GUARANTOR EURO-AREA MEMBER STATES WITH
THEIR RESPECTIVE GUARANTEE COMMITMENTS AS FROM
THE EFFECTIVE DATE OF THE AMENDMENTS

<u>Country</u>	<u>Guarantee</u> <u>Commitments</u> <u>EUR (millions)</u>
Kingdom of Belgium	27,031.99
Federal Republic of Germany	211,045.90
Ireland	12,378.15 *
Kingdom of Spain	92,543.56
French Republic	158,487.53
Italian Republic	139,267.81
Republic of Cyprus	1,525.68
Grand Duchy of Luxembourg	1,946.94
Republic of Malta	704.33
Kingdom of the Netherlands	44,446.32
Republic of Austria	21,639.19
Portuguese Republic	19,507.26 *
Republic of Slovenia	3,664.30
Slovak Republic	7,727.57
Republic of Finland	13,974.03
Hellenic Republic	21,897.74 *
Republic of Estonia	1,994.86
	<hr/>
Total Guarantee Commitments	779,783.14

* The Hellenic Republic, Ireland and the Portuguese Republic have become Stepping-Out Guarantors. Portugal remains liable as Guarantor in respect of Notes issued prior to the time it became a Stepping-Out Guarantor. The Republic of Estonia is only a Guarantor in respect of Notes issued after the Effective Date of the Amendments.

This means that as of the Effective Date of the Amendments the aggregate of the active Guarantee Commitments for the Guarantors which are not Stepping-Out Guarantors is EUR 726,000.00 million.

ANNEX 2
CONTRIBUTION KEY IN RESPECT OF FUNDING INSTRUMENTS
ISSUED OR ENTERED INTO AS FROM
THE EFFECTIVE DATE OF THE AMENDMENTS

<u>Member State</u>	<u>ECB Capital subscription key %</u>	<u>Contribution Key</u>
Kingdom of Belgium	2.4256	3.4666%
Federal Republic of Germany	18.9373	27.0647%
Ireland*	1.1107	1.5874%
Kingdom of Spain	8.3040	11.8679%
French Republic	14.2212	20.3246%
Italian Republic	12.4966	17.8598%
Republic of Cyprus	0.1369	0.1957%
Grand Duchy of Luxembourg	0.1747	0.2497%
Republic of Malta	0.0632	0.0903%
Kingdom of the Netherlands	3.9882	5.6998%
Republic of Austria	1.9417	2.7750%
Portuguese Republic*	1.7504	2.5016%
Republic of Slovenia	0.3288	0.4699%
Slovak Republic	0.6934	0.9910%
Republic of Finland	1.2539	1.7920%
Hellenic Republic*	1.9649	2.8082%
Republic of Estonia	0.1790	0.2558%
Total	69.9705	100.0000%

* As at the Effective Date of the Amendments, the Hellenic Republic, Ireland and Portugal have become Stepping-Out Guarantors.

ANNEX 3
TEMPLATE FOR COMMITMENT CONFIRMATION

[Letter-head of Authorities of Euro Area Member State]

By fax followed by registered mail:

European Financial Stability Facility

[●]

Fax: [●]

Copy to:

[●]

[●]

Fax: [●]

**Re: European Financial Stability Facility ("EFSF") – Confirmation
Commitment**

Dear Sirs,

We refer to the EFSF Framework Agreement between the Kingdom of Belgium, the Federal Republic of Germany, the Republic of Estonia, Ireland, the Hellenic Republic, the Kingdom of Spain, the French Republic, the Italian Republic, the Republic of Cyprus, the Grand Duchy of Luxembourg, the Republic of Malta, the Kingdom of the Netherlands, the Republic of Austria, the Portuguese Republic, the Republic of Slovenia, the Slovak Republic, the Republic of Finland and EFSF (the "**Parties**").

We hereby notify you that we are duly authorised under our national laws to permit us to be bound by the above mentioned Agreement with effect from [date].

Yours faithfully,

[Name of euro-area Member State]

[●]

[●]